

## **TO1 Vorschlag zur Tagesordnung**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 18.07.2022  
Tagesordnungspunkt: TOP 1 Eröffnung & Formalia

1 **Samstag** | 24.9.22 | 11-20 Uhr

2 **TOP 1**

3 **Eröffnung, Grußworte & Formalia**

4 11.00 - 12.00

5 **TOP 2**

6 **Politische Aussprache**

7 12.00 - 14.30

8 **TOP 3**

9 **Landtags- und Bezirkswahlen 2023**

10 14.30 - 16.00

11 **TOP 4**

12 **Anträge**

13 16.00 - 17.30

14 **TOP 5**

15 **Wahlen**

16 17.30 – 20.00

17 +++ GRÜNER ABEND +++

18 **Sonntag** | 25.9.22 | 9-13 Uhr

19 **TOP 6**

20 **Bericht des Landesausschuss**

21 9.00 – 9.15

22 **TOP 7**

23 **Bayer\*innen entlasten**

24 9.15 – 10.30

25 **TOP 8**

26 **Satzung & Finanzordnung**

27 10.30 – 11.30

28 **TOP 9**

29 **Haushalt**

30 11.30 – 13.00

31 **TOP 10**

32 **Verabschiedung**

33 *(Zeitangaben dienen der groben Orientierung.)*

## **A1 Dem Hass entgegen treten - für wirksame Maßnahmen gegen die Übergriffe aus dem sogenannten "Querdenken"-Milieu!**

Antragsteller\*in: Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land)

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

1 Gleich mehrere bekannte Ärzt\*innen, Anwält\*innen und Publizist\*innen haben sich  
2 in den letzten Wochen aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Alle hatten zuvor  
3 Drohungen aus dem verschwörungsideologischen Milieu erhalten. Ähnlich erging es  
4 seit Sommer 2021 auch vielen anderen, die sich für eine evidenzbasierte Corona-  
5 Politik aussprachen und sich gegen "Querdenken" positionierten, darunter auch  
6 Journalist\*innen und (Kommunal-)politiker\*innen. Zum Teil kam es auch zu  
7 gewalttätigen Übergriffen.

8 Unsere Solidarität gilt den Betroffenen doch diese Angriffe geschehen nicht im  
9 luftleeren Raum, sondern gehen von einem sich immer weiter radikalisierenden  
10 verschwörungsideologischen Milieu aus, das insbesondere in den Wintermonaten  
11 2021/22 in der Lage war, zehntausende Menschen für eine demokratiefeindliche  
12 Agenda auf die Straße zu bringen. Viele der auf den Demonstrationen und im Netz  
13 geäußerten Parolen nehmen klaren Bezug auf klassische extrem rechte  
14 Argumentationsmuster, insbesondere auf antisemitische Verschwörungserzählungen,  
15 die dem klassischen Rechtsextremismus seit jeher inhärent sind. Gleichzeitig  
16 nehmen antisemitische Vorfälle auch in Bayern deutlich zu: Die Recherche- und  
17 Informationsstelle Antisemitismus Bayern (Rias Bayern) erfasste im vergangenen  
18 Jahr 447 antisemitische Vorfälle - rund 82 Prozent mehr als im Vorjahr.

19 Dennoch werden diese Zusammenhänge von den bayerischen Sicherheitsbehörden noch  
20 immer nicht erkannt, die Demonstrationen viel zu oft in einem vorgeblich  
21 „bürgerlichen“ Milieu verortet und als unproblematisch eingestuft. Dabei zeigt  
22 sich die Unfähigkeit der Sicherheitsbehörden, solche Bewegungen, ihre Aussagen  
23 und Ziele phänomenbezogen zu bewerten und zu erkennen, dass  
24 Demokratiefeindlichkeit und Antisemitismus auch in der sogenannten "bürgerlichen  
25 Mitte" verbreitet sind.

26 Das muss sich ändern! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern fordern die bayerischen  
27 Sicherheitsbehörden nachdrücklich auf, die antidemokratische und antisemitische  
28 Ideologie der sogenannten „Querdenken“-Demonstrationen, sowie das  
29 Gefahrenpotential, das von ihnen ausgeht, endlich ernst zu nehmen und den Umgang  
30 mit dem Milieu entsprechend anzupassen. Noch immer werden Delikte, die im Netz  
31 geschehen, nicht ausreichend in den Fokus genommen. Doch eine Morddrohung bleibt

32 eine Morddrohung, egal wo sie ausgesprochen oder niedergeschrieben wurde.  
33 Polizist\*innen müssen besser geschult werden, sodass Betroffene ernst genommen  
34 werden, die Aufnahme von Anzeigen überall reibungslos funktioniert und die Opfer  
35 der Bedrohungen bestmöglich über ihre Rechte und Möglichkeiten aufgeklärt werden  
36 können. Darüber hinaus müssen die Sicherheitsbehörden auch präventiv tätig  
37 werden und die einschlägigen, öffentlich zugänglichen Gruppen und Foren aktiver  
38 verfolgen. Durch spezielle Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zu  
39 Verschwörungsideologien und Antisemitismus muss sichergestellt werden, dass  
40 Beamte problematische Inhalte auch zuverlässig erkennen.

41 Gefährdet sind im Zusammenhang mit "Querdenken" insbesondere auch  
42 Journalist\*innen, die diese Demonstrationen begleiten. Ende 2021 berichteten  
43 viele, vor allem freie Journalist\*innen auf Twitter unter dem Hashtag  
44 #ausgebranntePresse von verbalen und gewalttätigen Übergriffen, die sie im  
45 Zusammenhang mit ihrer Arbeit erleiden mussten. Räumliche Schwerpunkte dieser  
46 berichteten Übergriffe waren neben Sachsen auch Unterfranken und Niederbayern,  
47 die allermeisten fanden im Zusammenhang mit „Querdenken“-Demonstrationen statt.  
48 Zudem hat „Reporter ohne Grenzen“ Deutschland in ihrer Pressefreiheits-Rangliste  
49 auf Platz 16 zurückgestuft. Als Grund wurde ebenfalls die zunehmende Gewalt  
50 gegenüber Journalist\*innen auf Demonstrationen genannt.

51 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern verurteilen diese Entwicklung, denn die  
52 Pressefreiheit ist konstituierend für unsere Demokratie. Unsere Gesellschaft  
53 muss alles tun, um sie zu schützen. Doch das ist an einigen Stellen nicht der  
54 Fall. Noch im Frühjahr behauptete zum Beispiel die unterfränkische Polizei,  
55 Journalist\*innen würden während des Demonstrationsgeschehens versuchen,  
56 „Privilegien der Pressefreiheit zu missbrauchen“. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern  
57 verlangen von den bayerischen Sicherheitsbehörden wirksame Schutzkonzepte für  
58 Journalist\*innen auf und nach Demonstrationen, mit denen die Arbeit der  
59 Pressevertreter\*innen jederzeit vollumfänglich gewährleistet ist.

60 Ebenso gefährdet sind (Kommunal-)politiker\*innen, die etwa Corona-Maßnahmen  
61 umsetzen müssen oder sich gegen Rechtsextremismus und „Querdenken“  
62 positionieren. Gleiches gilt für Angehörige von NGOs, die im Bereich  
63 Demokratiebildung oder Engagement gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus  
64 tätig sind. So wurde beispielsweise im Frühjahr 2022 der Rhöner Landrat  
65 Habermann vor seinem Wohnhaus bedroht und das Haus des Zweiten Bürgermeisters von  
66 Simbach am Inn, Dr. Großwieser, mit rechtsextremen Parolen beschmiert. Die  
67 Staatsregierung hat in der Vergangenheit immer wieder versucht, Übergriffe gegen  
68 Kommunalpolitiker\*innen stärker zu sanktionieren. Doch ob dies den  
69 Sicherheitsbehörden gelingt, steht und fällt mit den Kräften vor Ort. Nur wenn  
70 hier Bedrohungspotential erkannt und konsequent gehandelt wird, ist ein  
71 wirksamer Schutz möglich.

72 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern fordern deswegen eine bayernweite Sensibilisierung

73 der lokalen Polizeikräfte in Bezug auf Übergriffe auf (Kommunal-)politiker\*innen  
74 und mögliche Schutzkonzepte. Gerade weil Kommunalpolitiker\*innen stets in engem  
75 Kontakt mit den Menschen in ihren Kommunen stehen (müssen) und deswegen  
76 Übergriffe fast immer auch ihren engsten Lebensbereich betreffen, müssen  
77 Maßnahmen im Zweifelsfall äußerst zügig getroffen und die Strafverfolgung der  
78 Täter\*innen priorisiert und konsequent umgesetzt werden.

79 Eine weitere Gruppe, die zuletzt verstärkt aus dem verschwörungsideologischen  
80 Milieu ins Visier genommen wurde, sind Ärzt\*innen, insbesondere solche, die  
81 Impfungen empfohlen und durchgeführt haben. Oft sind das engagierte Haus- und  
82 Landärzt\*innen, die wir so dringend für eine funktionierende medizinische  
83 Versorgung brauchen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern solidarisieren sich mit den  
84 Betroffenen! Ärztliche Praxen sind ein Schutzraum für die Patient\*innen,  
85 weswegen unter solchen Übergriffen und Drohungen auch die Patient\*innen leiden.  
86 Die Sicherheitsbehörden müssen deswegen Drohungen ernst nehmen, gemeinsam mit  
87 der betroffenen Praxis ein Schutzkonzept ausarbeiten und dieses umsetzen. Auch  
88 hier ist es notwendig, die Täter\*innen zügig ausfindig zu machen, um so die  
89 Bedrohungslage zu beenden.

90 Während sich bereits seit 1945 eine blutige Spur antisemitischen Terrors durch  
91 die Bundesrepublik zieht, nehmen in den letzten Jahren auch in Bayern  
92 antisemitische Vorfälle unter anderem durch die von "Querdenken" im Netz wie auf  
93 Demonstrationen verbreitete verschwörungsideologische, antisemitische Hetze  
94 massiv zu. Die Bedrohungslage für Jüdinnen\*Juden sowie die jüdischen Gemeinden  
95 in Bayern ist massiv. Es ist unsere Pflicht, gegen jeden Antisemitismus  
96 vorzugehen und dafür zu sorgen, dass Jüdinnen\*Juden hier sicher leben können.

97 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern fordern mehr Sensibilisierung von Polizei, Justiz  
98 und Lehrkräften gegenüber Antisemitismus, mehr Antisemitismusprävention im  
99 bayerischen Bildungssystem, umfassende und ausfinanzierte Sicherheitskonzepte  
100 für jüdische Einrichtungen sowie institutionelle finanzielle Unterstützung für  
101 Organisationen wie RIAS Bayern, die antisemitische Vorfälle auch unterhalb der  
102 Strafbarkeitsgrenze erfassen sowie Betroffene betreuen und beraten.

103 Wichtig für alle Betroffenen verbaler wie physischer Gewalt ist neben der akuten  
104 Sicherstellung ihrer Unversehrtheit auch eine psychosoziale Unterstützung durch  
105 staatliche Stellen. Viele, gerade auch diejenigen, die in ihrem Beruf  
106 angegriffen werden, verzweifeln an der Situation. Wir dürfen sie nicht alleine  
107 lassen! Das gilt auch für die Kosten, die der Rechtsweg mit sich bringt.

108 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern fordern deswegen einen Rechtshilfefonds, der die  
109 Opfer der Übergriffe bei Gerichts- und Anwaltskosten finanziell unterstützt,  
110 sofern das notwendig ist.

111 Klar ist aber auch, dass nicht nur Staat und Sicherheitsbehörden im Umgang mit

112 verschwörungsideologischen und demokratiefeindlichen Umtrieben gefragt sind,  
113 sondern ganz besonders die Zivilgesellschaft. Im kommenden Winter könnten  
114 angesichts steigender Corona-Zahlen, der Desinformation des russischen Regimes  
115 und einer sich möglicherweise zuspitzenden Energiekrise mehrere Faktoren  
116 zusammenkommen, die die Agitation des extrem rechten Milieus begünstigen und wie  
117 im vergangenen Winter zu einem größeren Demonstrationsgeschehen führen könnten.  
118 In diesem Moment ist eine starke Reaktion derjenigen gefragt, die zu unserer  
119 Demokratie stehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern unterstützen deswegen  
120 Gegendemonstrationen gegen „Querdenken“ und fordern alle Demokrat\*innen auf,  
121 sich daran zu beteiligen, sobald es wieder zu großen Demonstrationen des  
122 verschwörungsideologischen Milieus kommt. Dieser Gegenprotest ist für unsere  
123 Demokratie enorm wichtig, weswegen er durch die Sicherheitsbehörden nicht  
124 kriminalisiert werden darf, so wie das im vergangenen Winter an einigen Stellen  
125 geschehen ist.

126 Nur mit einem gemeinsamen, starken Zeichen der Zivilgesellschaft, einem  
127 konsequenten Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegen die Täter\*innen aus dem  
128 „Querdenken“-Milieu, dem wirksamen Schutz der Betroffenen und zuverlässigem  
129 Monitoring können wir unsere Demokratie vor den Angriffen, denen sie immer  
130 wieder ausgesetzt ist, schützen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## **Unterstützer\*innen**

Marlene Schönberger (KV Landshut-Land), Benedikt Mader (KV Erlangen-Stadt), Maximilian Hirschberger (KV Würzburg-Stadt), Theresa Eberlein (KV Regensburg-Stadt), Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt), Hannes Rosenitsch (KV Würzburg-Stadt), Antonia Heil (KV Rosenheim), Victoria Broßart (KV Rosenheim), Simon Schweizer (KV München), Ralf Zeier (KV Würzburg-Land), Frank Emmert (KV Würzburg-Land), Hannah Oschmann (KV Würzburg-Stadt), Joel Keilhauer (KV München), Mirjam Körner (KV Bayreuth-Stadt), Leon Eckert (KV Freising), Maximilian Retzer (KV Landshut-Land), Benjamin Maier (KV München), Sarah Gorke (KV Würzburg-Stadt), Matthias Ernst (KV Straubing-Bogen), Simon Wagner (KV Würzburg-Land), Sabine Härter (KV Würzburg-Land), Lukas Richter (KV Würzburg-Stadt), Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt), Marius Schlosser (KV Bad Tölz-Wolfratshausen), Anton Speierl (KV Dachau), Eva-Maria Hübner (KV Dachau), Dirk Simon (KV Aschaffenburg-Stadt), Dardan Kolic (KV München), Lilli Grosch (KV Würzburg-Stadt), Maria Wißmiller (KV München), Ami Lanzinger (KV Erding), Sabine Bock (KV Freising), Arian Kunze (KV Ebersberg), Gina Merkl (KV Fürstenfeldbruck), Joachim Schneider (KV Miltenberg), Karin Scherer (KV Erlangen-Land),

Florian Dietrich (KV München-Land), Rita Petra Keller (KV Augsburg-Stadt), Angela Isop (KV Kempten), Wolfgang Meyer-Müller (KV Kempten), Elli Wolf (KV Amberg-Sulzbach), Cornelia Bethge (KV Rottal-Inn), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt), Marion Lüttig (BV KPV Bayern), Florina Vilgertshofer (KV München), Clara Nitsche (BV Grüne Jugend), Tim-Luca Rosenheimer (BV Grüne Jugend), Andreas Künneth (KV Hof), Georg Koch (KV München), Helena Kontny (KV Würzburg-Stadt), Veronika Reisner (KV Rottal-Inn), Constantin Jahn (KV München), Andreas Hauner (KV Freising), Armin Beck (KV Main-Spessart)

## **A2 München und Bayern haben besseren ÖPNV als einen Tunnel-Torso verdient!**

Gremium: LAG Verkehr & Mobilität  
Beschlussdatum: 18.08.2022  
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

1 Viele Jahre später als geplant, mehrere Milliarden Euro teurer und bislang kein  
2 Ende in Sicht – der Bau einer zweiten S-Bahn-Stammstrecke im Tunnel in München  
3 ist zum Desaster geworden, das den Ausbau des ÖPNV im gesamten Freistaat  
4 historisch zu lähmen droht!

5 Entgegen sämtlicher Warnungen und Alternativvorschläge hat die CSU-  
6 Staatsregierung die zweite Röhre in den letzten Jahren vehement vorangetrieben.  
7 Doch statt endlich Verantwortung zu übernehmen und sich den Problemen zu  
8 stellen, spielen Verkehrsminister Bernreiter und Ministerpräsident Söder den  
9 Ball dem Bundesverkehrsministerium zu. Mit dieser Hinhaltenaktik muss endlich  
10 Schluss sein, denn wir brauchen den Ausbau des Nahverkehrs in ganz Bayern statt  
11 eines einzigen CSU-Prestigeprojekts in München!

## **Die Menschen im Großraum München schneller entlasten!**

14 Wenn die zweite Stammstrecke nach derzeitigen Planungen erst 2037 fertiggestellt  
15 wird – und es steht in den Sternen, ob dieser Termin zu halten ist – werden  
16 viele der Pendler:innen, die bereits heute unter den ständigen Ausfällen und  
17 Verspätungen der S-Bahn München leiden, längst in Rente sein. Diese Menschen  
18 verdienen eine schneller umgesetzte Lösung! Diese liegt auch schon lange auf dem  
19 Tisch, denn mit dem Ausbau des S-Bahn-Südrings könnte bei einem sofortigen  
20 Planungsbeginn und einer Beschleunigung des Verfahrens zügig Abhilfe geschaffen  
21 werden. Gleichzeitig müssen Verbesserungen an den S-Bahn-Außenästen und  
22 entlastende Querverbindungen umgesetzt werden.

## **Ein Weiterbau der zweiten Stammstrecke lässt alle anderen Bahnprojekte in Bayern in die Röhre schauen!**



26 Darüber hinaus ist für uns GRÜNE klar, dass alle Menschen in Bayern eine  
27 Mobilitätsgarantie durch eine gute Anbindung an Bus und Bahn verdienen. Den  
28 notwendigen Ausbau hat die CSU-Staatsregierung aber in vielen Gebieten in Bayern  
29 versäumt oder im Fall der dringend benötigten Streckenreaktivierungen landauf  
30 landab sogar aktiv blockiert. Mehr noch – die Regionalisierungsmittel des  
31 Bundes, die eigentlich allen sieben Regierungsbezirken im Freistaat zugutekommen  
32 sollen, werden seit Jahren von der Staatsregierung in die Bau- und  
33 Planungskosten der zweiten S-Bahn- Stammstrecke überführt. Je teurer dieses  
34 verkehrlich überflüssige Projekt wird, desto mehr verschärft sich der Zustand  
35 ungleichwertiger Lebensbedingungen. Das kann so nicht weitergehen! Die  
36 Regionalisierungsmittel müssen gerecht für alle Bezirke im Freistaat zur  
37 Verfügung stehen. Denn um im Klimaschutz die notwendige Reduzierung von  
38 Treibhausgasen zu erreichen, muss der bayernweite Netzausbau des ÖPNV  
39 priorisiert werden mit Streckenreaktivierungen, Ausbau der Taktungen und der  
40 Schaffung von starken Verkehrsverbänden.

41 **Für einen sofortigen Baustopp der 2.**  
42 **Stammstrecke – für eine bessere Lösung für**  
43 **München und den Ausbau von Bus und Bahn in ganz**  
44 **Bayern!**

45 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern sprechen sich deswegen für einen sofortigen  
46 Planungs- und Baustopp des zweiten S-Bahn-Stammstrecken-Tunnels in München aus.  
47 Die vorgesehenen Mittel des Landes und des Bundes, die für die zweite Röhre  
48 bestimmt sind, müssen in einen Sondertopf, der für den Netzausbau im Bahnknoten  
49 München, den S-Bahn-Außenästen und für das Netz in ganz Bayern zur Beseitigung  
50 von Kapazitätsengpässen und zur Systemverbesserung bestimmt ist. Diese Planungen  
51 müssen zügig aufgenommen und vorgebracht werden, um den Menschen in und um  
52 München eine schnelle Lösung für ein drohendes S-Bahn-Chaos zu liefern.

### **Begründung**

Am 30.06.2022 verkündete der bayerische Verkehrsminister Christian Bernreiter (CSU) für den Bau eines Zweiten S-Bahn-Stammstrecken-Tunnels massive Kostensteigerungen mit Gesamtkosten von bis zu 7,2 Milliarden Euro sowie eine spätere Fertigstellung statt 2028 bis 2037 ([BR24live: „Zweite Stammstrecke in München wird teurer“, 30.06.2022](#)); laut Müncher Merkur sogar mit Mehrkosten von etwa 1,5 Milliarden Euro und einer Inbetriebnahme nicht vor 2034 ([Münchner Merkur: „Stammstrecke dramatisch teurer: Heftiger Streit mit Bund droht – Fertigstellung wohl nicht vor 2034“, 29.06.2022](#)). Sämtliche bisherigen volkswirtschaftlichen Projektbewertungen, haushaltspolitische Finanzierungszusagen, juristische Planfeststellungsbeschlüsse sowie die geplanten künftigen Betriebsstufen des Verkehrsvertrages zur S-Bahn München (2020–2034) der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) sind damit hinfällig ([Bayerische Staatsregierung: „1. Münchner S-Bahn-Vertrag“, 02.12.2020](#)).

Die Bayerische Staatsregierung verschwendet hohe Beträge an GVFG-Mitteln (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) und zweckentfremdet Regionalisierungsmittel für ein heute in einem Bruchteil realisiertes Milliardengrab im Münchner Stadtzentrum. Diese Finanzmittel werden bayernweit vielen anderen GVFG-Investitionsprojekten und einem Stundentakt vorenthalten – auf Kosten der Verkehrswende sowie gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land! Die freiwerdenden Gelder könnten für einen fächigen Netzausbau eingesetzt werden.

Wir GRÜNE wollen aus politischer Verantwortung ein resilientes Schienennetz in ganz Bayern, das die Verlagerungspotentiale von der Straße zur Schiene im Nahverkehr und kurzfristige Alternativstrecken im Störfall ermöglicht. Der mögliche Nutzen der zweiten Röhre verstärkt hingegen die Umsteigeschwerpunkte auf Hauptbahnhof und Marienplatz/Marienhof zur Münchner U-Bahn, während entlang des S-Bahn-Südrings neben dem Heimeranplatz die Stationen Poccistraße und Kolumbusplatz genutzt werden könnten. Die angefangenen Bauten am Bahnhof Laim können trotz Baustopp sinnvoll für den Südring genutzt werden. Im Übrigen könnte der Tunnel bei einer Bahnsteighöhe von 96 cm und einer Einstiegshöhe von 76 cm keinen barrierefreien Einstieg für Regionalzüge gewährleisten.

Vom aktuell geschätzten Gesamtinvestitionsaufwand von etwa 7,2 Milliarden Euro ließen sich bayernweit viele Eisenbahnprojekte realisieren. Alleine von den Mehrkosten von 1,5 Milliarden Euro wäre der S-Bahn-Südring München als Zweite S-Bahn-Stammstrecke viel früher realisierbar – und rechnerisch zweimal finanzierbar ([„S-Bahn 2030“ i.A. der Grünen Landtagsfraktion, 2016](#)). Mit Inbetriebnahme des U-Bahnhofs Pasing wird bereits ab 2029 eine spürbare Entlastung im Störfall auf der S-Bahn-Stammstrecke vorhanden sein.

### **Unterstützer\*innen**

Anton Speierl (KV Dachau), Eva-Maria Hübner (KV Dachau), Kerstin Celina (KV Würzburg-Land), Dagmar Keis-Lechner (KV Kulmbach), Tanja Potzler (KV Bayreuth-Land), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Gina Merkl (KV Fürstenfeldbruck), Jan Halbauer (KV Fürstenfeldbruck), Rita Petra Keller (KV Augsburg-Stadt), Deniz Anan (BV KPV Bayern), Konstantin Mack (BV KPV Bayern), Stefan Wagener (KV Aschaffenburg-Stadt), Marie Büchner (KV Würzburg-Stadt), Helena Kontny (KV Würzburg-Stadt), Maximilian Nunn (KV Bad Kissingen), Jens Schiffler (KV Augsburg-Stadt), Hannah Oschmann (KV Würzburg-Stadt), Hannes Rosenitsch (KV Würzburg-Stadt), Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land), Molina Klingler (KV Würzburg-Stadt), Lena Werner (KV Main-Spessart)

### **A3 „Inklusion: Der Blick auf Schule – Qualität für alle“**

Gremium: LAG Inklusion und LAG Bildung  
Beschlussdatum: 23.08.2022  
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

#### 1 **Der Blick auf Schule – Qualität für alle**

2 Qualität für alle in einem Bildungssystem bedeutet, die Potentiale jedes  
3 Einzelnen zu entwickeln und Schüler\*innen individuell unterschiedlich, d.h.  
4 gemäß Ihren Fähigkeiten optimal zu fördern - von Hochbegabten bis Schüler\*innen  
5 mit Unterstützungsbedarf.

6 Wir sehen eine große Bereicherung darin, in der Schule das kreative Potential  
7 von Vielfalt zu entdecken und zu nutzen. Inklusion bedeutet Gleichberechtigung  
8 und diskriminierungsfreie Teilhabe aller Menschen an den allgemeinen  
9 Bildungsangeboten ebenso wie Partizipation und bezieht die Themen Behinderung,  
10 Armut, Migration, Flucht, Asyl und Gender mit ein.

11 Inklusion ist nicht nur organisatorisch, sondern auch auf der pädagogischen-  
12 didaktischen Ebene eine enorme Herausforderung an den Status Quo. Sie erfordert  
13 Ressourcen, aber auch die Bereitschaft zur eigenen Weiterentwicklung von allen  
14 Beteiligten

#### 15 **Inklusion – ein Grundrecht**

16 Inklusion ist ein Grundrecht und bedarf einer entsprechenden Haltung aller  
17 Beteiligten und der Gesellschaft.

18 Die Würde des Menschen ist unantastbar. Jeder Mensch ist einzigartig und  
19 besonders. Eine bunte vielfältige Gesellschaft lebt von der Vielfalt der  
20 Menschen, von den verschiedenen biographischen Erfahrungen und  
21 unterschiedlichsten Lebensentwürfen.

22 Das gilt auch für Kinder und Jugendliche im Bereich der Bildung. Artikel 24 der  
23 UN-BRK verpflichtet die Vertragsstaaten zur Umsetzung eines inklusiven  
24 Bildungssystems auf allen Ebenen. Gerade in unserer demokratischen Gesellschaft  
25 müssen die Einrichtungen des Bildungswesens allen gerecht werden.

26 Inklusion ist auch eine soziale Frage. Unser bestehendes Schulsystem  
27 reproduziert Ungleichheiten. Wir möchten die beste Bildung für alle Kinder,  
28 unabhängig von ihrer familiären Herkunft.

29 Alle Kinder haben das gleiche Recht zusammen aufzuwachsen und gemeinsam zu  
30 lernen. Nur eine Schule, in der alle entsprechend ihren besonderen individuellen  
31 Bedürfnissen miteinander lernen und gefördert werden, entspricht den  
32 Anforderungen für eine inklusive Schule.

33 Nicht erst durch die Pandemie ist offenbar geworden, dass unser Bildungssystem  
34 in Bayern von dem Ideal eines inklusiven und sozial gerechten Zusammenlebens und  
35 Zusammenhaltens sehr weit entfernt ist.

- 36 • Wir sehen das 2-Säulen-System als ein Grundproblem für gelingende  
37 Inklusion an. Bei landesweit nur zwei Gesamtschulen und dem bayerischen  
38 Festhalten an der Dreigliedrigkeit erscheint der Weg zur vollständigen  
39 Inklusion eine enorme Herausforderung.
- 40 • Der Weg zu einer „Schule mit Qualität für alle“ ist, Regelschulen so zu  
41 transformieren, dass Inklusion in einer heterogenen, vielfältigen  
42 Schulgemeinschaft selbstverständlich gelingt. Die Qualität an Schulen für  
43 alle zu verbessern, wirkt sich positiv auf den sozialen Zusammenhalt in  
44 der Gesamtgesellschaft aus. Vielfalt wird zur Normalität.

#### 45 **Folgende Ziele verfolgen wir kurz-, mittel- und langfristig:**

- 46 1. Kurzfristig wollen wir den Kommunen und Schulen vor Ort ermöglichen, die  
47 Schulen in einen gemeinsamen Ort des Lernens, für Kinder mit  
48 unterschiedlichen individuellen Voraussetzungen umzuwandeln bzw. neue  
49 Schulen mit inklusiven Konzepten zu errichten. Dafür bedarf es  
50 qualifizierter Weiterbildungen sowie mehr Austausch und Forschung zu Good  
51 Practice Konzepten.
- 52 2. Mittelfristig wollen wir Förderpädagogik und Schulsozialarbeit an allen  
53 Schulen. Das Elternwahlrecht der passenden Schule für ihr Kind möchten wir  
54 vollständig umsetzen.
- 55 3. Langfristig wollen wir die Förderschulen mit Regelschulen zusammenführen  
56 und Förderpädagogik an allen Schulen etablieren. Alle Schüler\*innen  
57 erreichen bestmögliche Schulabschlüsse und Berufschancen.

#### 58 **Was brauchen Kinder und Jugendliche – Anforderungen an eine inklusive Schule für** 59 **alle**

60 **Die Rolle der Kindertagesstätten**

61 Inklusion gehört lt. BayKiBiG, Art. 12 (1) explizit zu den Aufgaben der  
62 Kindertagesstätten, allerdings sehen sich noch viele Kitas unter den derzeitigen  
63 Rahmenbedingungen nicht in der Lage bzw. trauen sich noch nicht zu, Kinder mit  
64 Beeinträchtigung aufzunehmen. Es ist nicht hinzunehmen, dass überforderte Kitas  
65 als erste Instanz Kinder aussortieren und dem Förderschulsystem zuführen. Wir  
66 fordern auch für die Kindertagesstätten Verbesserung der Rahmenbedingungen. Im  
67 Kindergartenalter ist das selbstverständliche Erleben unserer vielfältigen  
68 Gesellschaft und sozialen Zusammenlebens ideal, denn Unterschiede werden in  
69 diesem Alter noch nicht hinterfragt.

70 **Schulwahl braucht eine echte Wahlmöglichkeit für Eltern**

71 Das Elternwahlrecht darf nicht durch mangelnde Qualität blockiert werden. Eltern  
72 steht bei der Einschulung ein Wunsch- und Wahlrecht bezüglich der Schulwahl zu.  
73 Lt. BayEUG Art. 2 Abs.2 ist inklusiver Unterricht Aufgabe aller Schulen in  
74 Bayern. Mit den aktuellen Schulformen, die als inklusiv gelten, wird Bayern  
75 diesem Auftrag allerdings nur rudimentär gerecht. Aus diesem Grund entscheiden  
76 sich viele Eltern dennoch für ein Förderzentrum, weil sie befürchten, dass ihre  
77 Kinder in den Regelschulen nicht gut genug gefördert werden. Wir fordern, dass  
78 alle Kinder eine wohnortnahe Schule besuchen können. Idealerweise sollte sich  
79 jede Schule auf die individuelle  
80 Förderung jedes einzelnen Kindes einstellen und nicht aussortieren.

81 **Eine Schulfamilie mit Wir-Gefühl: Zusammenhalt und Partizipation**

82 Schule ist ein wichtiger Ort der Begegnung. Wir denken Inklusion und Vielfalt  
83 zusammen. Vielfalt ist in den Schulen schon lange Realität mit den  
84 unterschiedlichen kulturellen, religiösen und familiären Hintergründen der  
85 Schüler\*innen.

86 Eine Schule, die ihren Schüler\*innen etwas zutraut, die ihnen Mut macht  
87 (Empowerment) und Raum und Zeit lässt, gibt ihnen auch die Chance, ihr  
88 Selbstbewusstsein zu entfalten und Verantwortung zu übernehmen. Das ist sowohl  
89 für das Leben in der Gemeinschaft als auch für das schulische Lernen eine gute  
90 Voraussetzung. Selbstbestimmte Teilhabe kennt keine Barrieren, sie ist auch mit  
91 individueller Unterstützung möglich.

92 Noch ist die Ganztagschule die Ausnahme und es besteht sowohl in den  
93 Ballungsräumen wie auch auf dem Land ein akuter Mangel an  
94 Ganztagesbetreuungsplätzen. Dabei wird jetzt schon deutlich: ausgerechnet für  
95 Kinder mit Behinderung gibt es kaum Angebote, sodass viele derzeit von der  
96 Gemeinschaft am Nachmittag ausgeschlossen sind.

97 **Inklusiver Unterricht**

98 Eine positive Lernatmosphäre ist ein wesentlicher Faktor für erfolgreiches  
99 Lernen. Kinder sind neugierig und haben per se eine hohe Motivation, Neues zu  
100 lernen. Leistungsdruck, standardisierte Lernziele und Wettbewerb im  
101 dreigliedrigen Schulsystem (und einem Parallelsystem Förderschule) blockieren  
102 und bremsen die Lernfreude und Neugier oft aus. So werden Defizite dokumentiert,  
103 statt an Stärken zu arbeiten. Die Einführung der Lern- und Entwicklungsgespräche  
104 anstelle des Zwischenzeugnisses in den bayerischen Grundschulen und in der  
105 Grundschulstufe der Förderschulen war ein erster Schritt in die richtige  
106 Richtung. Diesen gilt es auf weitere Schulstufen und Bewertungssituationen  
107 auszuweiten.

108 Selbstbestimmtes Lernen nach dem eigenen Tempo und Berücksichtigung der  
109 persönlichen Interessen fördert die Motivation und das Engagement der  
110 Schüler\*innen. Wichtig ist, dass individuelle Lernfortschritte wirklich gesehen  
111 und gewürdigt werden.

112 **Multiprofessionelle Teams**

113 Die Qualität von multiprofessionellen Teams für ein inklusives Schulleben ist  
114 nicht zu unterschätzen. Diese Ressource muss dringend ausgebaut werden. Demnach  
115 steht selbstverständlich an jeder Schule, am besten in jeder Klasse, eine  
116 sonderpädagogische Unterstützung zur Verfügung, die bei festgestelltem Bedarf  
117 fest zugeordnet ist und ansonsten mindestens stundenweise der Klasse zur Seite  
118 steht.

119 Sinnvoller wäre eine Weiterentwicklung, wobei Schulbegleitungen auch Teil des  
120 multiprofessionellen Teams der Schule sind. Das bedeutet: Schulbegleitungen sind  
121 idealerweise direkt an der Schule angestellt. Die Schulbegleiter\*innen sollten  
122 daher in Hinblick auf ihren Einsatz ausgebildet werden und eine entsprechende  
123 Vergütung für ihre Tätigkeit erhalten, die ihrer fachlichen Qualifizierung  
124 entspricht.

125 **Was brauchen Schulen – Gelingensbedingungen für inklusiv arbeitende Schulen**

126 Geprägt vom eigenen Erleben des gegliederten, selektiven Schulsystems fehlt  
127 vielen die Fantasie, sich Inklusion wirklich vorstellen zu können und demzufolge  
128 fällt es ihnen schwer, eine inklusive Grundhaltung zu entwickeln.

129 Inklusion muss angepackt werden, auch wenn noch improvisiert werden muss.

130 **Längerfristig müssen folgende Bedingungen geschaffen werden:**

- 131 • Schuleingangsuntersuchungen und -Tests sowie Schullaufbahnberatung müssen  
132 der individuellen Förderung in der aufnehmenden Schule dienen. Im  
133 Entwicklungsprozess jedes Kindes müssen individuelle Beratungsgespräche  
134 stattfinden, die auf die Situation und Bedürfnisse der Kinder und Eltern  
135 eingehen. Für die fachliche Beratung bedarf es Übersetzer\*innen für  
136 Fremdsprachen, Gebärdensprache und leichte Sprache.
- 137 • Um die frühzeitige Selektion nach der 4. Klasse zu beenden, wollen wir  
138 möglichst zügig mit Hilfe von Öffnungsklauseln Gemeinschaftsschulen bis  
139 zur 9./10. Klasse in Bayern ermöglichen, um das gemeinsame Lernen von  
140 Kindern und damit Inklusion deutlich zu stärken. Gemeinschaftsschulen mit  
141 Tandemunterricht und gebündeltem Förderpersonal sollen der neue Standard  
142 werden und wohnortnah zur Verfügung stehen.
- 143 • Damit inklusive pädagogische Konzepte an Schulen erfolgreich umgesetzt  
144 werden können und alle Schüler\*innen in ihrer Individualität  
145 berücksichtigt werden können, fordern wir kleinere Klassen und mehr  
146 pädagogisches Personal. Der bessere Förderschlüssel für Kinder mit  
147 Beeinträchtigungen kann auch ein Anreiz für Regelschulen sein, um damit  
148 auch beim bestehenden Regelsystem für Klassengrößen kleinere Klassen  
149 verwirklichen zu können.

#### 150 **Bauliche Ausstattung**

151 Hinsichtlich der Ausstattung orientieren wir uns dabei an den Förderschulen.  
152 Häufig gibt es etwa nicht genügend Räume für lern-differenziertes Arbeiten an  
153 Regelschulen. Ein Grund dafür ist, dass die Schulbauverordnung für Regelschulen  
154 weniger Platz vorsieht als für Förderschulen. Wir wollen daher die  
155 Schulbauverordnung dahingehend ändern, dass beim (Um-)bau einer Schule der  
156 benötigte Platz berücksichtigt werden muss, damit die entsprechenden  
157 pädagogischen Konzepte umgesetzt werden können. In Bezug darauf fordern wir zu  
158 jedem Klassenzimmer einen Nebenraum. Um weitere Barrieren abzubauen, sind Räume  
159 für multiprofessionelles Personal in den Schulen ebenso notwendig wie  
160 ausreichend Therapieräume.

#### 161 **Personelle Ausstattung**

162 Mit zusätzlicher Unterstützung im Unterricht haben die Lehrkräfte bessere  
163 Möglichkeiten, um individuell auf Schüler\*innen eingehen zu können. Spezielles  
164 pädagogisches Fachpersonal kann zusätzlich unterstützen und weitere  
165 Handlungsansätze ermöglichen. Diagnostik ist immanenter Bestandteil jeder  
166 Förderung und muss daher lernprozessbegleitend an jeder Schule von unabhängigem  
167 Fachpersonal geleistet werden. Dabei sollen die Lehrkräfte der allgemeinen  
168 Schule durch den Mobilen Sonderpädagogischen Dienst unterstützt werden.

169 Auf dem Weg zur Inklusion muss zunächst der Mobile Sonderpädagogische Dienst  
170 (MSD) ausreichend personelle Kapazitäten für die Unterstützung in Regelschulen  
171 bekommen. Mittelfristig wollen wir eine unabhängige Inklusionsberatung an  
172 Kompetenzzentren ohne eigene Schüler\*innen einrichten, die schulartunabhängig  
173 eine spezifische Beratung anbietet.

174 Eine ausreichende personelle wie auch fachliche Ausstattung auch in Schulen  
175 unkompliziert und zuverlässig bei Bedarf zu erhalten, ist aber eine  
176 Grundvoraussetzung für das zügige Vorankommen von Inklusion an Regelschulen,  
177 Ausbildungsbetrieben und Hochschulen.

178 Schulsozialarbeit bzw. Jugendsozialarbeit an Schulen wird bislang zu wenig für  
179 Inklusion genutzt. Wo nötig kann Schulsozialarbeit zusätzlich unterstützen,  
180 Inklusion zusammen mit den Familien und Schulen gelingen zu lassen.  
181 Jugendsozialarbeit an Schule (JaS) muss diesbezüglich weiterentwickelt werden.  
182 Schulpsycholog\*innen benötigen ausreichend zeitliche Kapazitäten.

#### 183 **Fundierte Wissen zu Inklusion für alle Fachkräfte**

184 In allen Schularten muss die Expertise für Inklusion ausgebaut werden. Inklusion  
185 darf nicht als alleinige Sache der Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen gelten  
186 und auch in der Weiterbildung muss die Kompetenz für Inklusion in allen  
187 Schularten weiterentwickelt werden.

188 Das Modul Inklusion für alle Lehrämter ist ein wichtiger Schritt, weitere müssen  
189 folgen, insbesondere muss Inklusion auch ein Bestandteil des Referendariats  
190 werden. Bereits in der Lehrer\*innen-Ausbildung muss die Grundhaltung zur  
191 Inklusion entsprechend reflektiert werden.

192 Bezüglich Ausbildung für Schulbegleiter\*innen sind uns andere Länder deutlich  
193 voraus. Wir streben eine geregelte Ausbildung oder berufsbegleitende  
194 Weiterbildung zu Schulbegleiter\*innen an. Noch besser wäre die Ausbildung zu  
195 „Assistent\*innen für Inklusion“ wie in Südtirol oder Kanada. Hierzu ist  
196 Veränderungsbereitschaft auf allen Ebenen notwendig, um rein politische  
197 Machtverhältnisse aufzuheben und von der Trennung in Förderschul- und  
198 Regelschulbereich im Zweisäulensystem wegzukommen. Um Inklusion und damit  
199 Qualität für alle zu erreichen, ist es wichtig, in positiven Schritten gelebte  
200 Inklusion in Bayern weiterzuentwickeln und das Vorankommen zu beschleunigen.

#### 201 **Nächste Schritte hin zur inklusiven Schule**

202 Für die Politik bedeutet dies, die entsprechenden Rahmenbedingungen zur  
203 Verfügung zu stellen:



- 204 1. Zusätzliche Finanzen, Personalausstattung für inklusive Schulkonzepte: Es  
205 sind zusätzliche Finanzmittel für die entsprechende Personalausstattung  
206 (pädagogische Zweitkräfte, Sonderpädagog\*innen an den Schulen) für alle  
207 Schularten nötig. Zudem müssen ausreichend finanzielle Mittel für Gebäude,  
208 individuelle Lehrmaterialien und Infrastruktur zur Verfügung gestellt  
209 werden.
- 210 2. Als nächste Schritte wollen wir mit Hilfe von Öffnungsklauseln  
211 Gemeinschaftsschulen bis zur 10. Klasse ermöglichen, um möglichst zügig  
212 das gemeinsame Lernen von allen Schülern\*innen und damit die Umsetzung von  
213 Inklusion zu erleichtern. Die Fortschritte der inklusiven Prozesse im  
214 Bildungssystem werden anhand eines Entwicklungsplans alle 5 Jahre  
215 evaluiert (zum Beispiel wie Thüringen). Zusätzlich unterstützt eine  
216 verstärkte wissenschaftliche Begleitung Schulen in ihrem inklusiven  
217 Prozess.
- 218 3. Ebenso wären Anträge erstrebenswert, um das Voranbringen der Inklusion in  
219 der Schulentwicklungsplanung im Bayern zu unterstützen. Wir sehen die  
220 Städte und Landkreise in der Pflicht, einen Überblick über die Bedarfe der  
221 jetzigen und zukünftigen Schüler\*innen festzustellen und die jeweilige  
222 Schullandschaft entsprechend zu planen und zu entwickeln.
- 223 4. Zudem wäre es wichtig auszuloten, wie Kommunen unter Einbeziehung der  
224 Ressourcen des Sozialraums (Umfeld) und der Bildungslandschaften Inklusion  
225 mit runden Tischen zur schulartübergreifenden Vernetzung innerhalb des  
226 Sozialraums dem fachlichen Austausch und der Optimierung der Angebote  
227 befördern können. Die Vernetzung und Kooperation zwischen Jugendarbeit und  
228 Schule ist zentral.

#### 229 **Inklusion als gesamtgesellschaftlicher Prozess:**

230 Inklusion ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess. Hierbei spielen Kitas und  
231 Schulen eine Schlüsselrolle. Deshalb sind die hier geforderten Maßnahmen nur  
232 kleine Schritte auf einem langen Weg. Inklusion ist ein Querschnittsthema, das  
233 alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betrifft.

#### **Unterstützer\*innen**

Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt), Anton Speierl (KV Dachau), Heidi Terpoorten (KV Dillingen), Kerstin Celina (KV Würzburg-Land), Gabriele Bayer (KV Neumarkt), Dirk Simon (KV Aschaffenburg-Stadt), Martina Neubauer (KV Starnberg), Dardan Kolic (KV München), Wiebke Richter (KV Regensburg-Stadt), Dagmar Keis-Lechner (KV Kulmbach), Sabine Bock (KV Freising), Angela Büttner (KV München), Frank Dürsch (KV München), Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt), Gina Merkl (KV Fürstenfeldbruck), Florian Dietrich

(KV München-Land), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt), Michael Sasse (KV Rosenheim), Cornelia Bethge (KV Rottal-Inn), Isabell Niedermeier (KV Kempten), Andrea Hecking (BV KPV Bayern), Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land), Christoph Lurz (KV Bamberg-Stadt), Helena Kontny (KV Würzburg-Stadt), Rudolf Schmidhuber (KV Mühldorf)

## **A4 Kriegs- und Krisengewinne abschöpfen**

Antragsteller\*in: Wolfgang Helm (Vorstand KV  
Aschaffenburg-Stadt)  
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

1 Wir fordern die Bundesregierung auf, schnellstmöglich **eine Abgabe bzw. Umlage**  
2 **auf Kriegs- und Krisengewinne von Unternehmen wie Wintershall Dea zu erheben**,  
3 damit diese einen Beitrag zugunsten der Allgemeinheit und zur Rettung etwa des  
4 Gasversorgers Uniper leisten. Im Gegenzug wird die sogenannte Gasumlage, die  
5 ausschließlich die Gaskunden bezahlen sollen, abgeschafft bzw. erst gar nicht  
6 eingeführt. Sollten über die Abschöpfung der Extraprofite hinaus weitere Mittel  
7 erforderlich werden, erfolgt die Finanzierung aus Haushaltsmitteln des Bundes.

8 Es ist inakzeptabel, dass Konzerne Kriegs- und Krisengewinne einstreichen,  
9 während die Bürger:innen zur Zahlung einer Gasumlage gezwungen werden. In  
10 anderen Ländern wird bereits eine Abgabe auf derartige Gewinne erhoben. So haben  
11 neben Italien auch Großbritannien, Griechenland, Rumänien und Ungarn besondere  
12 Abgaben auf Krisengewinne eingeführt, in Belgien und Spanien wurden sie  
13 angekündigt. Das ist auch in Deutschland möglich und nötig!

### **Begründung**

Es kann nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger immer höhere Preise für Energie zahlen müssen und die Gaskunden auch noch mit einer Umlage zur Rettung etwa von Uniper belastet werden sollen, während die Mineralölkonzerne, aber auch Unternehmen wie BASF oder ihre Tochter Wintershall Dea, ihre Gewinne teilweise verfünffacht haben – jedoch bislang keinen Beitrag für das Allgemeinwesen leisten. Gerade Wintershall Dea ist ein ausdrücklicher "Übergewinner" der Krise, die das Erdgas- und Erdölunternehmen selbst durch seine Geschäftspraktiken mit herbeigeführt hat. Etwa mit dem Tausch des Erdgasspeichers Rehden an Gazprom gegen lukrative Erdgasförderrechte in Sibirien. Und selbst jetzt sind die Verantwortlichen nicht bereit, ihre Geschäfte mit Gazprom einzustellen. Gleichzeitig hat der Chemieriese BASF, dem rund 70 Prozent von Wintershall Dea gehören, im zweiten Quartal 2022 Milliarden Gewinne eingefahren, hauptsächlich durch die Öl- und Gasförderung seiner Tochter Wintershall Dea – auch in Russland. Die Investorengruppe Letter One des russischen Milliardärs Michail Fridman hält die restlichen 27,3 Prozent an Wintershall Dea.

Es ist nur recht und billig, solche Unternehmen an den Kosten der Rettungsmaßnahmen zu beteiligen.

**Einstimmiger Beschluss des Vorstandes des KV Aschaffenburg vom 23.8.2022**

### **Unterstützer\*innen**

Gabriele Fleckenstein (KV Aschaffenburg-Stadt), Maximilian Brunner (KV Aschaffenburg-Stadt), Daniel Jonas (KV Aschaffenburg-Stadt), Elke Müller-Conrad (KV Aschaffenburg-Stadt), Manfred Jendt (KV Aschaffenburg-Stadt), Thomas Mütze (KV Aschaffenburg-Stadt), Luca Kunkel (KV Aschaffenburg-Stadt), Katharina Borger (KV Aschaffenburg-Stadt), Thomas Grallert (KV Aschaffenburg-Stadt), Anja Moll (KV Aschaffenburg-Stadt), Hannes Rosenitsch (KV Würzburg-Stadt), Nicola Tews (KV Aschaffenburg-Stadt), Kerstin Celina (KV Würzburg-Land), Joachim De Groot-Rouenhoff (KV Aschaffenburg-Stadt), Rudolf Syndikus (KV Aschaffenburg-Stadt), Christin Fernholz (KV Würzburg-Stadt), Dirk Spingler (KV Aschaffenburg-Stadt), Stefan Wagener (KV Aschaffenburg-Stadt), Felix Groß (KV Würzburg-Stadt), Katharina Appel (KV Aschaffenburg-Stadt), Bernd Dollinger (KV Aschaffenburg-Stadt), Dirk Simon (KV Aschaffenburg-Stadt), Larissa Gerlach (KV Aschaffenburg-Stadt), Christoph Appel (KV Haßberge), Volker Goll (KV Aschaffenburg-Land), Joachim Schneider (KV Miltenberg), Benjamin Brand (KV Aschaffenburg-Land), Olav Dornberg (KV Aschaffenburg-Land), Lena Werner (KV Main-Spessart), Martin Pilgram (KV Starnberg), Rita Petra Keller (KV Augsburg-Stadt), Angela Isop (KV Kempten), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Sandra Smolka (KV Freising), Helena Kontny (KV Würzburg-Stadt)

## **A5 Community Health Care - Neue Wege in der Gesundheits- und Pflegeversorgung**

Antragsteller\*in: Gabriele Bayer (KV Neumarkt)

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

1 In ländlichen Regionen, aber auch im urbanen Raum ist die Gesundheitsversorgung  
2 zunehmen lückenhaft. Angesicht des demografischen Wandels und eine damit  
3 verbundene alternde Gesellschaft benötigen wir kreative Antworten auf diese  
4 drängende Herausforderung. Die Zunahme von Multimorbidität und  
5 Pflegebedürftigkeit erfordert neue, andere Versorgungskonzepte.

6 Ein Blick in andere Länder ist hilfreich. Was in Deutschland noch wenig  
7 vorstellbar ist, hat in anderen Ländern bereits Einzug gehalten: Community  
8 Health Nursing (CHN). Eigens dafür qualifizierte Pflegefachpersonen wirken in  
9 der primären Gesundheitsversorgung mit. Häufig sind Community Health Nurses in  
10 kommunalen Gesundheitszentren z.B. in Kanada, Finnland oder Slowenien  
11 angesiedelt. Die Bürger:innen finden so vor Ort in der Kommune  
12 Ansprechpartner:innen für alle gesundheitlichen Fragen. Das Besondere ist: Ein  
13 multiprofessionelles Team bietet aufeinander abgestimmte Angebote an.

14 Die Agnes-Karll-Gesellschaft hat mit der Förderung der Otto und Edith  
15 Mühlshlegel Stiftung in der Robert-Bosch-Stiftung eine Machbarkeitsstudie zu  
16 „Community Health Nursing“ in Deutschland durchgeführt.  
17 Zahlreiche Tagungen zum Thema haben bestätigt, dass Community Health Nursing ein  
18 gangbarer Weg für Deutschland ist.

19 Die Anforderungen an eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung sind seit vielen  
20 Jahren in ihrer Komplexität gewachsen. Viele chronisch kranke Menschen, alte  
21 Menschen mit demenziellen Erkrankungen, Menschen mit Behinderungen haben sehr  
22 individuelle und komplexe Bedarfe. Häufig sind die Familiensysteme überfordert  
23 oder gar nicht existent.

24 Den betroffenen Menschen machen nicht die Krankheit oder die Pflegebedürftigkeit  
25 primär zu schaffen, sondern die Auswirkungen, die diese veränderten Situationen  
26 auf das Leben der Betroffenen und ihren Familien haben. Deshalb braucht es mehr  
27 als ärztliche Versorgung oder den ambulanten Pflegedienst für die Bewältigung  
28 des neuen Alltags mit allen Herausforderungen, die Krankheit und  
29 Pflegebedürftigkeit mit sich bringen.

30 Der Ansatz: Mehrere kleinere Kommunen sollten zu Interkommunalen  
31 Zusammenschlüssen ermuntert werden und könnten so in Sozialräumen  
32 zusammengefasst werden. Die politisch Verantwortlichen in den Kommunen  
33 (Bürgermeister:innen, Landrät:innen) und die Akteure im Sozialraum müssen  
34 zwingend zusammen arbeiten, um passgenaue Konzepte zu erarbeiten und zu  
35 realisieren.

36 Neue technologische Möglichkeiten stehen heute zur Verfügung, Stichwort  
37 Digitalisierung, die Arbeitsprozesse auch im Gesundheits- und Pflegesektor  
38 verändern. Eine verbesserte Kommunikation zwischen den Akteur:innen im  
39 Sozialraum kann Potentiale eröffnen und Versorgungsergebnisse sichtbar machen.

40 Mit der Zunahme der chronischen Erkrankungen und der alternden Gesellschaft wird  
41 sich die Gesundheitsversorgung deutlich in die ambulante Richtung verschieben  
42 müssen.

43 Der Mangel an Hausärzt:innen im ländlichen Bereich, aber auch abnehmende  
44 Gesundheitsversorgung in sog. benachteiligten Stadtgebieten machen neue  
45 Strukturen nötig.

46 2014 hat der Sachverständigenrat der Bundesregierung in seinem Bericht bereits  
47 „Lokale Gesundheitszentren zur Primär- und Langzeitversorgung“ vorgeschlagen.

48 Die Robert-Bosch-Stiftung ist überzeugt, dass die Community Health Nurses einen  
49 wichtigen Beitrag zur besseren und bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung  
50 leisten können. Ganz besonders in unterversorgten und benachteiligten Gebieten,  
51 von denen es in Bayern sehr viele gibt, nicht nur auf dem Land, sondern auch in  
52 benachteiligten Stadtgebieten. Community Health Nurses können laut Robert-Bosch-  
53 Stiftung als konstitutiver Teil multiprofessioneller Teams in Gesundheitszentren  
54 die Koordination und Kontinuität der gesundheitlichen und pflegerischen  
55 Patientenversorgung verbessern.

56 Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, brauchen wir eine entsprechende  
57 Qualifizierung auf universitärer Ebene.

58 Besonderes Augenmerk sollten die Community Health Nurses auf vulnerable Familien  
59 mit Problemen bei Suchterkrankung, Behinderung, Demenz, psychiatrischen  
60 Erkrankungen, chronischen Krankheitsbildern, Pflegebedürftigkeit usw. richten.

61 Wir, die bayerischen GRÜNEN möchten, dass alle Menschen, egal ob im ländlichen  
62 Raum oder in der Großstadt, eine gute Gesundheitsversorgung haben. Daher fördern  
63 wir die interkommunale Zusammenarbeit beim Aufbau sozialräumlicher  
64 Versorgungsstrukturen nach dem Modell der Community Health Nurses und den Aufbau  
65 passgenauer Ausbildungen und Studiengänge.

## **Begründung**

Alle Menschen in Bayern, egal ob im ländlichen Raum oder in der Großstadt sollten eine gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung haben. Der demografische Wandel und zunehmende Komplexität der Versorgungsstrukturen, aber auch der Versorgungsbedarfe erfordern neue kreative Wege. Passgenaue, bedarfsgerechte und bedürfnisorientierte Angebote im Sozialraum, die von allen Akteur:innen und den politisch Verantwortlichen in den Kommunen unterstützt werden sind der Weg der Zukunft. Community Health Care kann so sowohl in Kommunen im ländlichen Raum, als auch im urbanen Raum die Lösung sein.

## **Unterstützer\*innen**

Martina Neubauer (KV Starnberg), Conny Zeidler (KV Neumarkt), Karlheinz Egert (KV Neumarkt), Stefan Haas (KV Neumarkt), Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt), Ferdinand Mann (KV Neumarkt), Lydia Bauer-Hechler (KV Fürth-Stadt), Anton Speierl (KV Dachau), Gerhard Müller (KV Würzburg-Land), Maria Simon (KV Regensburg-Stadt), Xaver Deniffel (KV Augsburg-Stadt), Annemarie Probst (KV Augsburg-Land), Achim Reusch (KV Neumarkt), Petra Tuttas (KV München), Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land), Dagmar Keis-Lechner (KV Kulmbach), Heidi Terpoorten (KV Dillingen), Barbara Holzmann (KV Oberallgäu), Jakob Breyer (KV Regensburg-Stadt), Kerstin Celina (KV Würzburg-Land), Johannes Wagner (KV Coburg-Stadt), Claudia Köhler (KV München-Land), Mirjam Körner (KV Bayreuth-Stadt), Wiebke Richter (KV Regensburg-Stadt), Ami Lanzinger (KV Erding), Simone Artz (KV Würzburg-Stadt), Arian Kunze (KV Ebersberg), Frank Dürsch (KV München), Joachim Schneider (KV Miltenberg), Christine Denk (KV Regensburg-Stadt), Rita Petra Keller (KV Augsburg-Stadt), Angela Isop (KV Kempten), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Florina Vilgertshofer (KV München), Eva Borke-Thoma (BV KPV Bayern), Cornelia Bethge (KV Rottal-Inn), Helena Kontny (KV Würzburg-Stadt)

## **A6 Erinnern - unser Auftrag Demokratie braucht Erinnerung**

Gremium: Martina Neubauer (KV Starnberg), Gabriele  
Triebel (KV Landsberg-Lech)  
Beschlussdatum: 25.08.2022  
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

1 Mehr als 70 Jahre nach der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, den  
2 Gräueltaten der Nazi, gibt es immer weniger Zeitzeug\*innen, die unmittelbar über  
3 ihre schrecklichen Erlebnisse, ihr Schicksal und das Schicksal ihrer Angehörigen  
4 und Freunde berichten können. Wir sind aufgefordert, mit dem Wissen um die  
5 Vergangenheit tragfähige Konzepte der Erinnerung für die Zukunft zu gestalten.  
6 Es geht im darum, die Erinnerungskultur in der Zeit nach der Zeitzeugenschaft so  
7 zu gestalten, dass sie alle Thematiken und vor allem das zivilgesellschaftliche  
8 Engagement unterstützt und weiterentwickelt. Wir erleben in diesen bewegten  
9 Zeiten, wo durch Krisen Verschwörungsmymen und autoritäre Strömungen aufkommen,  
10 wieder so klar wird, dass wir ein Mehr an demokratischer Bildung brauchen. Hier  
11 spielt die Erinnerung an die dunkelste Zeit der deutschen Geschichte und das  
12 Lernen daraus eine zentrale Rolle. Durch sie lernen wir auch für die Zukunft,  
13 antidemokratische Strömungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu  
14 erkennen und dieser mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten.

15 Gerade in der Corona-Pandemie hat es sich gezeigt, wie wichtig es ist, die  
16 Vorkommnisse um die Shoa in einen richtigen Zusammenhang stellen zu können („ich  
17 bin Anne Frank“, Tragen des Judensterns als Impfzeichen).

18 Erinnerungskultur hat in Bayern seit Jahren ihren Platz: unterschiedlichste  
19 Organisationen – von professionellen Strukturen wie der großen Gedenkstätten und  
20 Dokumentationszentren bis zu kleinen zivilgesellschaftlichen Initiativen -  
21 halten die Erinnerung an die Gräueltaten der Nationalsozialisten aufrecht,  
22 kontextuieren diese und tragen damit zur politischen Bildung, zur Aufklärung und  
23 zur Erinnerung an die Opfer bei.

24 Sowohl der Freistaat, als auch die Bayerischen Bezirke als auch einzelne  
25 Kommunen befassen sich in unterschiedlicher Tiefe ihrer Verantwortung.  
26 Selbstverständlich tun dies auch Religionsgemeinschaften, Vereine,  
27 Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und weitere Institutionen.

28 Die Bayer. Staatsregierung nimmt sich der Erinnerungskultur seit geraumer Zeit



29 an;hauptsächlich in den großen Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg und zum Teil  
30 in den Doku-Zentren in Nürnberg und München/Obersalzberg.

31 Die Staatsregierung hat durch einenKabinettsbeschluss im Januar 2020 ein  
32 Gesamtkonzept „Erinnerungskultur Bayern“ verabschiedet. Bis zum heutigen  
33 Zeitpunkt ist dieses Gesamtkonzept nicht einsehbar. Es bestehen keine  
34 schriftlichen Informationen über den thematischen und finanziellen Umfang, über  
35 einen Projektzeitplan und wer dieses Gesamtkonzept mit welcher Intention und  
36 welchem Ziel erstellt hat. Gerade in diesem wichtigen gesellschaftlichen Thema  
37 besteht keine Transparenz, es wird damit jedem öffentlichen Diskurs und Debatte  
38 entzogen

39 Der Thematik der Krankenmorde/“Euthanasie“ wird in der bayerischen  
40 Erinnerungskultur eine besondere Rolle zugeschrieben. Sie wird ausschließlich  
41 über die Bezirke/Kommunen bearbeitet und gefördert. So hat der Bezirk Oberbayern  
42 gemeinsam mit dem NS-Dokumentationszentrum mit dem Gedenkbuch für die Münchner  
43 Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde den ermordeten Patientinnen  
44 und Patienten mit der Nennung ihrer Namen wieder ein Gesicht gegeben. In einem  
45 zweiten Band soll dies auch für die Opfer der weiteren psychiatrischen  
46 Krankenhäuser in Oberbayern geschehen.

47 Wir Grüne stehen für einen transparenten, demokratischen Prozess, der ein  
48 Gesamtkonzept Erinnerungskultur, das seinen Namen auch verdient, für die  
49 bayerischen Bürger\*innen erstellt.

50 Deswegen halten wir es für absolut erforderlich, dass die staatlich  
51 professionellen Strukturen und die in Bayern tätigen zivilgesellschaftlichen  
52 Initiativen zusammen mit den Vertreter\*innen aus Wissenschaft, Forschung und  
53 Vermittlung das Gesamtkonzept Erinnerungskultur in einem transparenten und  
54 demokratischen Prozess erstellen. Die Erstellung des Gesamtkonzeptes im  
55 Bundesland Schleswig-Holstein soll dafür als Blaupause dienen.

56 1. Wir unterstützen den Prozess eines institutionalisierten Zusammenschlusses  
57 aller professionalisierten und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Diese neu  
58 geschaffene Institution soll die Interessen gegenüber Dritten vertreten können.  
59 Sie soll durch den Freistaat finanziell unterstützt werden, um Möglichkeiten zur  
60 Vernetzung und z.B. für Fort- und Weiterbildungen und  
61 Informationsveranstaltungen verfügbar zu haben.

62 2. Wir fordern eine transparente, institutionalisierte finanzielle Förderung für  
63 zivilgesellschaftliche Initiativen jenseits der Bundesprojektförderung durch den  
64 Freistaat. Gerade die zivilgesellschaftlichen Initiativen sind der Garant für  
65 Erinnerungskultur vor Ort, die durch ihre Verbundenheit in die Gesellschaft  
66 hinein die besonderen thematischen und örtlichen Gegebenheiten aufnehmen.

67 3. Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, das im Januar 2020 per  
68 Kabinettsbeschluss verabschiedete Gesamtkonzept „Erinnerungskultur Bayern“ zu  
69 veröffentlichen und einen Diskurs zum Prozess zu ermöglichen.

## **Begründung**

Mündlich

## **Unterstützer\*innen**

Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt), Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg), Lydia Bauer-Hechler (KV Fürth-Stadt), Anton Speierl (KV Dachau), Eva-Maria Hübner (KV Dachau), Heidi Terpoorten (KV Dillingen), Barbara Holzmann (KV Oberallgäu), Petra Tuttas (KV München), Gabriele Bayer (KV Neumarkt), Andrea Schulte-Krauss (KV Starnberg), Annemarie Probst (KV Augsburg-Land), Antonia Heil (KV Rosenheim), Ferdinand Mann (KV Neumarkt), Martin Züchner (KV München), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt), Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land), Elisabeth Janner (KV Miesbach), Sascha Müller (KV Schwabach), Sanne Kurz (KV München), Constantin Jahn (KV München), Martin Pilgram (KV Starnberg), Peter Klinder (KV Starnberg), Maria Krieger (KV Kelheim), Bernd Firuz Kramer (KV Starnberg), Oliver Strisch (KV Eichstätt), Christian Hartranft (KV München), Dagmar Keis-Lechner (KV Kulmbach), Claudia Köhler (KV München-Land), Maria Wißmiller (KV München), Wiebke Richter (KV Regensburg-Stadt), Dardan Kolic (KV München), Tom Aurnhammer (KV Nürnberg-Stadt), Verena Machnik (KV Starnberg), Gina Merkl (KV Fürstenfeldbruck), Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt), Marion Lüttig (BV KPV Bayern), Anja Callam (KV München), Mona Fuchs (KV München), Florina Vilgertshofer (KV München), Doris Wagner (KV München), Cornelia Bethge (KV Rottal-Inn), Helena Kontny (KV Würzburg-Stadt), Wolfgang Hofmann (KV Bad Kissingen), Armin Beck (KV Main-Spessart)

## **A7 Kulturräume erhalten – Festivals und Livekultur stärken**

Gremium: Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt),  
Sanne Kurz (KV München), Erhard Grundl  
(KV Straubing), Katharina Wolfrum (KV  
München), Martina Neubauer (KV  
Starnberg), Ludwig Sporrer (KV München)

Beschlussdatum: 24.08.2022

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

1 Nach zwei Jahren Pandemie ist das, was vom Kulturleben übrig ist, langsam wieder  
2 am Hochfahren. Viele Menschen haben es vermisst, Livemusik zu hören, eine Lesung  
3 zu besuchen, im Theater oder Kino zu sitzen und sich dabei und danach mit  
4 anderen zu treffen und zu unterhalten. Denn Kultur ist nicht nur ein nice-to-  
5 have, sondern elementarer Bestandteil von Teilhabe unseres sozialen Lebens.  
6 Digitale Formate haben sich trotz oft beeindruckender Ideenvielfalt relativ  
7 schnell abgenutzt. Kunst und Kultur leben von Präsenz, von Verdichtung von  
8 Beziehung zueinander und Austausch miteinander – und auch davon, dass das  
9 Publikum sich als Gemeinschaft begreift.

10 Kultur selbst wiederum verdichtet sich in Festivals. Die hat es in den  
11 vergangenen beiden Jahren hart getroffen. Schließlich waren riesige  
12 Menschenansammlungen während einer Pandemie keine sonderlich gute Idee.  
13 Gleichzeitig sind Festivals aber wichtige Räume, in denen sich einerseits Kultur  
14 und Künste weiterentwickeln und einem größeren Publikum zeigen, andererseits wir  
15 aber auch unser unser Bedürfnis an sozialer Interaktion wieder erfüllen können.

16 Viele Akteur\*innen der Livekultur, Konzert- und Festivalveranstalter\*innen haben  
17 sich deswegen gute Konzepte zum Infektionsschutz ausgedacht. Langsam ist das  
18 Festivalleben gerade wieder am Aufleben. Open Air-Festivals bieten als Kultur an  
19 der frischen Luft einen großen Vorteil was das Infektionsgeschehen auch für  
20 vulnerablere Personen angeht.

21 Viele Festivals und Liveveranstaltungen existieren durch und wegen enorm hohen  
22 ehrenamtlichen Engagements. Nachwuchs für dieses Engagment blieb Pandemie  
23 bedingt vielfach aus. Dort, wo man sich professionalisiert hatte und mit Mini-  
24 Jobs, Soloselbstständigen oder Angestellten tätig war, fehlen nun die breit  
25 abgewanderten Arbeitskräfte, die kein Hilfsprogramm halten konnte. Auch die  
26 Vorverkäufe sind um bis zu 89% eingebrochen und bedrohen die Liquidität,

27 Publikumszahlen liegen immer noch weit unter Vor-Pandemie-Niveau, was wiederum  
28 bei auslaufenden Hilfsprogrammen die Existenz vieler Festivals bedroht.

29 Deswegen müssen wir uns jetzt Gedanken darüber machen, wie wir Festival- und  
30 Livekultur in den nächsten Jahren politisch weiter unterstützen können, damit  
31 die Festivalkultur in Bayern nach der Pandemie wieder aufleben und weiterleben  
32 kann. Unser grüner Anspruch in der Kulturförderung ist, dass Festivals für alle  
33 da sind!

### 34 **Förderpraxis ins Hier und Heute holen**

- 35 • **Transparente Förderpraxis etablieren** – Intransparente Förderpraxis ohne  
36 öffentlich einsehbare Kriterien und ohne im Netz leicht auffindbare  
37 Ansprechpersonen ist Kulturförderung nach Gutsherrenart. Wir treten dem  
38 mit Mindest-Standards zu digitalen Einreichewegen, Online-Veröffentlichung  
39 von Vergabekriterien und Förder-Richtlinien und Ansprechpersonen entgegen.  
40 Diese Mindest-Standards wollen wir auf allen Ebenen implementieren. Auch  
41 bei den Verwendungsnachweisen streben wir Harmonisierung und digitale  
42 Abwicklung der Verwendungsnachweise an.
  
- 43 • **Lokale und regionale Kulturräume stärken** – Überall in der Fläche Bayerns  
44 sind in den vergangenen Jahren viele innovative Festivals entstanden, die  
45 den DIY-Gedanken, Themen wie Nachhaltigkeit und ein gleichberechtigtes  
46 Zusammenleben zur Grundlage gemacht haben. Gerade auf dem Land ist es aber  
47 oft schwieriger, Behörden von einem Konzert- oder Festivalvorhaben zu  
48 überzeugen. Wir Grüne sehen Festivals und andere Kulturveranstaltungen als  
49 wichtigen Faktor für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land.  
50 Deswegen wollen wir uns auch auf lokaler Ebene dafür einsetzen, dass  
51 Kulturveranstaltungen durch die lokalen Behörden die notwendige  
52 Unterstützung und Hilfestellung bekommen. Nach dem baden-württembergischen  
53 Vorbild wollen wir Regionalmanager\*innen für Kultur einrichten, die den so  
54 wichtigen Austausch und Wissenstransfer, beispielsweise in Bezug auf  
55 Drittmittelakquise, vorantreiben.
  
- 56 • **Strukturförderung statt Dauer-Projektisierung** – Wir Grüne wollen Kultur  
57 als kommunale Pflichtaufgabe verankern und Kommunen befähigen, ihren  
58 Anteil zu einem lebendigen Kulturleben beizutragen. Auf allen politischen  
59 Ebenen in Bayern von Kommune bis Freistaat werden öffentliche Haushalte  
60 vermehrt in enger Taktung beschlossen, mit der Folge, dass beispielsweise  
61 staatliche Mittel für Kultur oft erst im Frühsommer bewilligt werden und  
62 erst im September ankommen - mit der Vorgabe, sie bis Dezember auszugeben.  
63 Strukturförderung über mehrere Jahre statt Dauerprojektisierung soll hier  
64 Luft zum Atmen schaffen, um die Kulturakteur\*innen in unserem Land zu  
65 befähigen, das zu tun, was sie am Besten können: kreativ sein!

66 **Sozial-Ökologische Nachhaltigkeit voranbringen – Gesellschaft**

- 67 • **UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen** – Damit Festivals für alle da  
68 sind, müssen Inklusion und Barrierefreiheit bei Festivals besser  
69 unterstützt und politisch gefördert werden, die gesetzliche Grundlage ist  
70 hierbei die UN-Behindertenrechtskonvention. Viele kleinere Maßnahmen sind  
71 oft nur mit geringem Aufwand verbunden, brauchen aber eine  
72 Wissensweitergabe unter Veranstalter\*innen und Beratung durch  
73 Selbstvertreter\*innen. Andere Maßnahmen wie der Einsatz von  
74 Gebärdensprachdolmetscher\*innen, von Induktionsschleifen, barrierefreie  
75 mobile Toilettenanlagen u. a. bringen aber oft einen hohen finanziellen  
76 Aufwand für die Veranstalter\*innen mit sich. Wir wollen daher einerseits  
77 die Wissensweitergabe in diesem Bereich über Netzwerke und Leitfäden,  
78 beispielsweise über die Populärmusikbeauftragten der Bezirke oder über die  
79 lokalen Kulturbehörden, fördern. Andererseits sollte der Freistaat ein  
80 Förderprogramm für die inklusive und barrierefreie Gestaltung von  
81 Festivals auflegen, das es auch kleineren und ehrenamtlichen  
82 Veranstalter\*innen ermöglicht, mehr Menschen an ihren Veranstaltungen  
83 teilhaben zu lassen. Last not least muss Coaching zur Barrierefreiheit  
84 förderfähig werden.
- 85 • **Parität und Diversität fördern** – Immer wieder großer Diskussionspunkt ist  
86 das Thema Geschlechtergerechtigkeit und Diversität im Festivalbereich.  
87 Beispielsweise gehören bei Musikfestivals All-Male Bookings auch heute  
88 noch nicht der Vergangenheit an. Wir Grüne wollen die Vielfältigkeit der  
89 Kulturszene in Bayern auch auf die Bühnen bringen. Das hört nicht bei der  
90 Frauen\*förderung auf, sondern schließt auch marginalisierte Gruppen mit  
91 ein. Festivals und Liveveranstaltungen, die von der öffentlichen Hand  
92 veranstaltet oder gefördert werden, sollten deswegen bei der Auswahl von  
93 Künstler\*innen ein besonderes Augenmerk auf eine vielfältige  
94 Einladungsliste legen, die Vielfalts-Kriterien genügt. Diese Vielfalt  
95 bezieht sich für uns auf Personen hinter den Kulissen, Menschen auf der  
96 Bühne, Zielgruppen bzw. Publikum und Inhalte.
- 97 • **Familienfreundlichkeit stärken** – Frauen\* leisten immer noch ein Großteil  
98 der Care-Arbeit. Die Abwesenheit von Frauen\* in weiten Teilen der  
99 Kulturszene hat auch mit Elternschaft zu tun. Familienfreundliche  
100 Bedingungen für Kreative und Publikum sollten daher Selbstverständlichkeit  
101 sein, um Frauen\*, die Care-Arbeit leisten, bessere Teilhabe zu  
102 ermöglichen. Darum wollen wir Kinderbetreuung förderfähig machen und  
103 Coaching-Angebote zur Familienfreundlichkeit im Kultursektor voranbringen.
- 104 • **Sozialstandards einhalten** – Vergabe öffentlicher Mittel sollten an  
105 Sozialstandards gebunden sein. Die Öffentliche Hand darf nicht mithelfen  
106 Prekariat zu manifestieren. Darum stehen wir für Fair Art Funding mit

107 verbindlichen Mindesthonoraren und Mindestgagen bei Förderungen und Fair  
108 Art Booking dort, wo die Öffentliche Hand direkt Kreativleistungen bucht  
109 oder Veranstalterin ist.

- 110 • **Safe Spaces** – Damit alle den Festivalbesuch genießen können, ist es auch  
111 unablässig, Belästigungen und Übergriffe, die in einer mit Alkohol oder  
112 Drogen aufgeladenen Atmosphäre leider noch öfter vorkommen als sowieso  
113 schon, zu unterbinden und für Fälle, in denen sie passieren, passende  
114 Hilfe zur Verfügung zu stellen. Immer mehr Festivals richten zu diesem  
115 Zweck ständige Awarenessteams ein oder schulen ihr gesamtes Personal für  
116 Fragen der Awareness bezüglich sexueller Belästigungen und Übergriffe. Wir  
117 wollen Veranstalter\*innen ermutigen, ihre Festivals zu sicheren Räumen für  
118 alle Besucher\*innen zu machen und ihnen dafür Wissensressourcen und  
119 Netzwerke zur Verfügung stellen.

### 120 **Sozial-Ökologische Nachhaltigkeit voranbringen – Umwelt**

- 121 • **Nachhaltige Festivalförderung** – Wie in allen anderen gesellschaftlichen  
122 Bereichen, müssen wir uns auch in Kunst und Kultur Gedanken über  
123 Klimaschutz und Nachhaltigkeit machen. Dass Festivals mitunter viele  
124 Ressourcen verbrauchen, sowohl durch die Veranstaltung selbst, aber auch  
125 durch das Verhalten der Besucher\*innen, ist kein Geheimnis. Viele  
126 Veranstalter\*innen haben sich in den vergangenen Jahren hier aber bereits  
127 zahlreiche Gedanken gemacht und tolle Konzepte zur Umsetzung gebracht. Wir  
128 wollen Veranstalter\*innen, die diesen Weg gehen, künftig auch von  
129 politischer Seite mit Fördermitteln unterstützen.
- 130 • **Klimaschutz** – Festivals profitieren von ökologischen Standards im  
131 Kulturbereich. Wir regen eine IHK-zertifizierte Weiterbildung zum „Green  
132 Consultant Kulturmanagement“ an, machen Green Coaching förderfähig,  
133 etablieren einheitliche und vergleichbare Kultur-CO2-Rechner und  
134 entwickeln Kriterien für einen „Grünen Kultur Pass“ zur Zertifizierung der  
135 Festivals, die schon heute vorbildliche Arbeit im Bereich ökologischer  
136 Nachhaltigkeit leisten.
- 137 • **Mobilität** – umweltfreundliche Mobilität vom und zum Festival muss noch  
138 besser werden. In Abstimmungen, wo die Bahn welche Halte und Bedarfshalte  
139 bewahrt oder etabliert, bringen wir kulturelle Bedarfe mit ein. Bei  
140 Einrichtung neuer ÖPNV-Angebote fragen wir Bedarfe der Kultur ab. Neben  
141 dem ÖPNV-Ausbau bis in Randstunden hinein denken wir auch an das Fahrrad  
142 als umweltfreundliches Transportmittel hin zum Festival, dessen Bedarfe  
143 und Logistik (Abstellanlagen etc.) im Kulturbereich förderfähig werden  
144 sollen. So wie Straßen zu Festivalorten aus dem Mobilitätsbudget kamen,  
145 finanzieren wir auch umweltfreundliche Mobilitätsangebote für Kultur aus  
146 den Mobilitätsbudgets.

- 147
- 148
- 149
- 150
- 151
- **Zero Waste** – Wir unterstützen Festivals auf ihrem Weg hin zu Zero Waste. Angebote von Spülmobil bis Mehrweg-Pfandsysteme wollen wir dabei ebenso unterstützen wie die Gründung von Zweckverbänden zur überregionbalen Strukturverbesserung der Miet-Angebote für Zero-Waste-Logistik für den Kulturbereich.
- 152
- 153
- 154
- 155
- 156
- 157
- 158
- **Material-Minimierung** – Das betrifft nicht nur die Logistik rund um Catering und Geschirr, sondern auch Zweckverbände für Bühnenaufbauten, Bestuhlung, Bühnentechnik, umweltfreundliche und barrierefreie Toiletten-Services und vieles andere mehr, das in Vielfach-Nutzung ressourcenschonender ist als in Einzelnutzung. Materialverteilungsinitiativen können außerdem dabei helfen, Bühnenbauten u.ä., zu einem "zweiten Leben" zu verhelfen.
- 159
- 160
- 161
- 162
- 163
- 164
- 165
- **Ökologischer Impact vor Ort** – Bei sensiblen Flächen suchen wir auf allen Ebenen das Gespräch und gehen unvoreingenommen in die Abstimmung von Bedarfen hinein. Ziel hierbei ist lösungsorientierte, gemeinsame Arbeit zur Ermöglichung von mehr Kultur bei gleichzeitiger Schonung unserer Umwelt. Wir vernetzten Expertise zu häufig entstehenden Divergenzen und machen Best-Practise Beispiele bekannter, um überall zu guten Lösungen für alle zu kommen.
- 166
- 167
- 168
- 169
- **Green Culture Desk** – Wir wollen Veranstalter\*innen auch in Bayern analog zum Green Culture Desk im Bund, der Beratung und Mittel für die ökologische Transformation anbietet, künftig mit Fördermitteln unterstützen.

### Begründung

erfolgt mündlich

### Unterstützer\*innen

Antonia Heil (KV Rosenheim), Martina Neubauer (KV Starnberg), Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land), Claudia Köhler (KV München-Land), Petra Tuttas (KV München), Mirjam Körner (KV Bayreuth-Stadt), Maria Wißmiller (KV München), Ludwig Sporrer (KV München), Wiebke Richter (KV Regensburg-Stadt), Ami Lanzinger (KV Erding), Martin Blankemeyer (KV München), Sabine Bock (KV Freising), Arian Kunze (KV Ebersberg), Angela Büttner (KV München), Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt), Elli Wolf (KV Amberg-Sulzbach), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt), Marion Lüttig (BV KPV Bayern), Anja Callam (KV München), Florina Vilgertshofer (KV München), Mona Fuchs (KV München), Doris Wagner (KV München), Georg Koch (KV München), Oliver Strisch (KV Eichstätt), Thomas Holler (BV KPV Bayern), Martin Züchner (KV München)

## **A8 Digital Streetwork verstetigen!**

Gremium: Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt),  
Theresa Eberlein (KV Regensburg-Stadt),  
Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries)

Beschlussdatum: 24.08.2022

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

1 Das Leben vieler Menschen spielt sich zunehmend mehr in digitalen Räumen ab.  
2 Spätestens durch die Covid 19-Pandemie waren viele Menschen mit Homeoffice,  
3 Videokonferenzen oder digitalem Unterricht konfrontiert. Schule, Arbeit,  
4 Behördengänge und auch viele Einkäufe spielen sich zunehmend über das Netz ab.  
5 Als Ort zum Abschalten in der Freizeit ist das Internet mit Social Media,  
6 Videospiele und ganz vielen anderen Erscheinungen schon längst kein Neuland  
7 mehr. Digitale Räume als Teil der Wirklichkeit sind in der Mitte der  
8 Gesellschaft angekommen.

9 Damit wird es zunehmend auch wichtig, digitale Räume als Orte zu behandeln, in  
10 dem ein Teil unseres gesellschaftlichen Lebens stattfindet. Das Netz bietet uns  
11 dabei viele positive Seiten, von denen wir profitieren können. Wir dürfen aber  
12 die negativen Erscheinungen, die sich online genauso zeigen wie im analogen  
13 Zusammenleben, nicht ausblenden. Deswegen positionieren wir Grüne uns seit  
14 langem gegen Hatespeech im Netz und machen uns für Datenschutz und  
15 Cybersicherheit stark.

16 Vermehrt fühlen sich Menschen auch mit den Erfahrungen, die sie im Netz machen,  
17 alleingelassen. Sei das durch Cybergrooming oder Mobbing. Doch auch eigene  
18 Echokammern verstärken sich im digital Raum. Ein Ausbrechen in psychischen  
19 Extremsituationen scheint durch die Bestärkung der eigenen Peer-Group unmöglich.  
20 Dort wo in der analogen Welt seit vielen Jahren Methoden der Jugendarbeit und  
21 der Streetwork eingesetzt werden, gibt es seit inzwischen einem Jahr in Bayern  
22 ein Pilotprojekt zur *Digital Streetwork*.

23 Die digitalen Streetworker\*innen sind im Netz für junge Menschen bei allen  
24 Fragen, die sie belasten oder beschäftigen ansprechbar. Wie auch bei der  
25 analogen Streetwork ist dabei ein Agieren in der Lebenswelt der Zielgruppe und  
26 Beziehungsarbeit ist entscheidend für die Annahme des Angebots. Sie spielen  
27 gemeinsam mit der Zielgruppe Games, sind dabei auf Twitch oder auch auf anderen  
28 Plattformen wie Instagram oder Reddit unterwegs. Und die digitalen



29 Streetworker\*innen sind nicht nur ansprechbar, wenn jemand ein Problem hat, sie  
30 schaffen auch proaktiv Bildungs- und Gesprächsangebote. Und reden dabei zum  
31 Beispiel über mentale Gesundheit, Body Positivity oder Zukunftsängste.  
32 Neuerdings gibt es sogar eine kostenlose anwaltliche Erstberatung. Und natürlich  
33 weisen sie niemanden ab, der oder die zu alt oder nicht aus Bayern ist, sondern  
34 leiten sie an andere Fachstellen weiter.

35 Die Finanzierung des Freistaats für dieses gute und erfolgreiche Projekt ist im  
36 Moment befristet bis 2022. Eine Zusage für eine Anschlussfinanzierung gibt es  
37 bisher nicht. Die Ergebnisse der Zwischenevaluierung waren allerdings sehr  
38 positiv und belegen den Bedarf für das Angebot. Wir als bayerische Grüne setzen  
39 uns dafür ein, dass auch im Netz Menschen – und gerade Kinder und Jugendliche –  
40 nicht alleingelassen werden. Daher fordern wir eine Weiterfinanzierung und eine  
41 Weiterführung des Projekts auch über 2022 hinaus.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich

### **Unterstützer\*innen**

Joel Keilhauer (KV München), Martina Neubauer (KV Starnberg), Heidi Terpoorten (KV Dillingen), Barbara Holzmann (KV Oberallgäu), Gabriele Bayer (KV Neumarkt), Ferdinand Mann (KV Neumarkt), Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land), Elisabeth Janner (KV Miesbach), Dagmar Keis-Lechner (KV Kulmbach), Mirjam Körner (KV Bayreuth-Stadt), Dardan Kolic (KV München), Maria Wißmiller (KV München), Wiebke Richter (KV Regensburg-Stadt), Ami Lanzinger (KV Erding), Arian Kunze (KV Ebersberg), Lena Werner (KV Main-Spessart), Angela Büttner (KV München), Gina Merkl (KV Fürstenfeldbruck), Martin Pilgram (KV Starnberg), Christine Denk (KV Regensburg-Stadt), Jakob Breyer (KV Regensburg-Stadt), Matthias Ernst (KV Straubing-Bogen), Elli Wolf (KV Amberg-Sulzbach), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt), Anja Callam (KV München), Mona Fuchs (KV München), Clara Nitsche (BV Grüne Jugend), Stefanie Auer (KV Passau-Stadt), Helena Kontny (KV Würzburg-Stadt), Florian Dietrich (KV München-Land), Marion Lüttig (KV München)

## **A9 Hitze, Wasserknappheit, Trockenstress: Wir wappnen uns gegen die Klimafolgen**

Gremium: LAG Ökologie T.U.N.  
Beschlussdatum: 25.08.2022  
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

1 Grüne und kühlende Städte, artenreiche Landschaften, intakte Flüsse und Auen,  
2 ausreichendes und sauberes Wasser sind überlebenswichtig für Menschen, Tiere und  
3 Pflanzen. Klimaresiliente Städte und Landschaften werden immer wichtiger. Das  
4 hat uns dieses Jahr wieder der trockene und heiße Sommer gezeigt, wie auch schon  
5 einige Jahre zuvor. Unsere Grundwasserstände sind über die letzten Jahre  
6 dramatisch tief gesunken, manche Kommunen mussten aktuell schon zum Wassersparen  
7 aufrufen. Diesen Sommer sind Flüsse und Bäche teilweise ausgetrocknet,  
8 landwirtschaftliche Böden und Wälder vertrocknen auch bei uns und brennen,  
9 Bürger\*innen in den aufgeheizten Städten stehen unter Hitzestress. Durch die  
10 Klimakrise werden Wetterextreme zukünftig häufiger auftreten, uns stärker  
11 zusetzen und enorme Kosten verursachen. Eine aktuelle Studie im Auftrag des  
12 Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz beziffert die Schäden durch  
13 Extremwetter deutschlandweit seit 2000 auf durchschnittlich mindestens 6,6  
14 Milliarden Euro pro Jahr. Die Bayerische Staatsregierung hat die Probleme, die  
15 auf uns zukommen, schlicht ignoriert.

16 Wir müssen sofort Vorsorge treffen. Daher wollen wir GRÜNE Bayern Maßnahmen, die  
17 sich kurzfristig bis zum nächsten Frühjahr und Sommer umsetzen lassen, jetzt  
18 angehen. Zudem haben wir eine Strategie für langfristig umsetzbare Maßnahmen,  
19 die wir sofort Schritt für Schritt umsetzen wollen. Wir GRÜNE setzen uns dafür  
20 ein, die Menschen und die Natur gegen die Klimafolgen und Wasserknappheit  
21 bestmöglich zu schützen.

22 Mit einem **kurzfristig umsetzbaren Aktionsplan** wappnen wir uns für das nächste  
23 Frühjahr und den nächsten Sommer. Dafür wollen wir verbindliche Leitlinien zum  
24 Umgang mit Wasserknappheit einführen. Wir wollen flächendeckend verpflichtende  
25 Hitzeaktionspläne sowie Sturzflutrisikopläne in den Kommunen und werden die  
26 Kommunen in der Umsetzung dabei unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass  
27 ausreichend Trinkwasserbrunnen und Wasserspender in den Kommunen bis zum  
28 nächsten Jahr installiert werden. Für die kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen  
29 braucht es ausreichend Fördermittel im nächsten Staatshaushalt, für die wir uns  
30 auf bayerischer Ebene stark machen.

31 Für **Maßnahmen, die nur langfristig umsetzbar sind**, haben wir **eine Strategie**, die  
32 wir GRÜNE Schritt für Schritt in Bayern umsetzen wollen. Wir gestalten unsere  
33 Städte zu wassersensiblen und klimaangepassten Schwammstädten um, in denen  
34 Regenwasser langsam versickern kann und nicht schnell abfließt und der Natur in  
35 Trockenzeiten zur Verfügung steht. Damit schaffen wir zusätzlich Kühlung für die  
36 Menschen in heißen Sommern. Naturnahen Maßnahmen in der  
37 Niederschlagsbewirtschaftung soll in der kommunalen Bauleitplanung Vorrang  
38 eingeräumt werden. Fassadenbegrünung, Dachgärten, Zisternen und mehr wollen wir  
39 zum Standard machen. Grünflächen, unversiegelte Freiflächen und  
40 Frischluftschneisen erhalten wir, Mini-Wälder, Bäume, Blühwiesen und Sträucher  
41 pflegen wir und pflanzen neue an. Wo es möglich ist, entsiegeln wir. Für die  
42 Maßnahmen hin zu Schwammstädten brauchen Kommunen Beratung und Fördermittel vom  
43 Freistaat Bayern.

44 Um Regenwasser nicht nur in den Städten, sondern auch in der Fläche für  
45 Trockenzeiten zu halten, brauchen wir Landschaften, die das Wasser speichern und  
46 aufnehmen können. Damit Auen wieder ihre natürliche Überschwemmungsfunktion  
47 erhalten und für den Hochwasserschutz genutzt werden können, renaturieren wir  
48 unsere Auen, bauen Deiche an den Auen zurück und binden sie wieder an die Flüsse  
49 an, Siedlungsgebiete werden bei Bedarf geschützt. Unterirdische Stadtbäche holen  
50 wir wieder an die Oberfläche zurück. Wir weisen flächendeckend  
51 Gewässerentwicklungskorridore aus, renaturieren unsere Flusslebensräume und  
52 beseitigen Querbauwerke. Wir wiedervernässen und renaturieren unsere Moore und  
53 bauen unsere Wälder zu klimaresilienten Mischwäldern um.

54 Unser Grundwasser ist unser großer Schatz, denn in Bayern gewinnen wir mehr als  
55 90 Prozent des Trinkwassers aus Grundwasser. Doch gleichzeitig sinken wegen der  
56 Klimakrise die Grundwasserstände dramatisch und viel zu oft ist das Grundwasser  
57 durch Nitrat, Pestizide und mehr verschmutzt. Um unseren Schatz für uns Menschen  
58 zu sichern, weisen wir deutlich mehr Wasserschutzgebiete aus und führen eine  
59 einheitliche Wasserschutzverordnung von Seiten der bayerischen Staatsregierung  
60 ein.

61 Wir schaffen in der Industrie flächendeckend geschlossene Wasserkreisläufe und  
62 setzen Anreize zum Wassersparen. In der Landwirtschaft setzen wir auf  
63 nachhaltige Bewässerung, wie Tröpfchenbewässerung und fördern das Anlegen von  
64 Regenrückhaltebecken für das Auffangen von Regenwasser. Wir wollen den  
65 Wassercent (Wasserentnahmeentgelt) einführen, um Maßnahmen für den Wasserschutz  
66 zu finanzieren.

67 Bei all unseren Maßnahmen beziehen wir wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse  
68 von Expert\*innen wie der Expertenkommission Wasserversorgung in Bayern ein, um  
69 unser Wasser und die Wasserversorgung in Bayern langfristig und für nachfolgende  
70 Generationen zu sichern.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## **Unterstützer\*innen**

Arian Kunze (KV Ebersberg), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Jan Halbauer (KV Fürstenfeldbruck), Rita Petra Keller (KV Augsburg-Stadt), Mareen Kutsch (KV München), Andreas Künneth (KV Hof), Georg Koch (KV München), Helena Kontny (KV Würzburg-Stadt), Rudolf Schmidhuber (KV Mühldorf), Merlin Nagel (KV Ingolstadt)

## **A10 Unser Klima und Gesundheit schützen – nachhaltige Ernährung fördern**

Gremium: LAG Ökologie T.U.N.  
Beschlussdatum: 25.08.2022  
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

1 Auf Bundes- und Landesebene, sowie in den kommunalen Parlamenten setzen wir  
2 GRÜNE Bayern uns auf Partei- und Mandatsebene dafür ein, dass politische  
3 Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es Landwirt\*innen unbürokratisch,  
4 schnell und in der Höhe angemessen ermöglichen, bei der Umstellung ihrer  
5 Betriebe auf den Anbau und die Vermarktung gentechnikfreier pflanzlicher  
6 Lebensmittel - insbesondere von Hülsenfrüchten - für die menschliche Ernährung  
7 gefördert zu werden. Begleitend setzen wir uns in jeder Region für umfassende  
8 fachliche Beratung ein. Um die Vermarktung zu stärken, engagieren wir GRÜNE  
9 Bayern uns auch in den Kommunalparlamenten für Fortbildungsangebote. Diese  
10 Schulungen sollen Verpflegungsverantwortlichen in Kantinen, Schulen, Kitas,  
11 Krankenhäusern, Pflegeheimen und Mensen die Umsetzbarkeit einer  
12 pflanzenbasierten Ernährung aufzeigen und praktische Hilfestellungen bieten. Wir  
13 wollen über die positiven Aspekte für das Klima, die Gesundheit und für unser  
14 wichtigstes Gut, das Wasser, mit einer zielgerichteten Kommunikations- und  
15 Bildungsstrategie stärker informieren.

### **Begründung**

Die Klimaerhitzung schreitet schneller voran, als erwartet. Auch in unseren Breiten werden wir mit anderen klimatischen Verhältnissen leben müssen. Zugleich macht der Krieg in der Ukraine deutlich, dass es dringend notwendig ist, wertvollen Boden zum Anbau von Lebensmitteln für den menschlichen Verzehr zu nutzen. Eine gute Chance, um mit der Klimaerhitzung langfristig umzugehen, ist ein Umdenken, welche Pflanzen wir in Zukunft anbauen.

Landwirt\*innen brauchen eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Es muss sich für sie lohnen, im Einklang mit der Umwelt zu wirtschaften. Diese Ökosystemleistungen müssen deshalb stärker als bisher gefördert werden. Eine Umstellung auf den ökologischen Anbau von Feldfrüchten für die menschliche Ernährung ist dafür der effektivste Ansatz. Dazu müssen wir - wie es Renate Künast bereits seit langem fordert - „Unsere Ernährung komplett neu denken“.

Angesichts der sich ausbreitenden Hungerkrise ist es dringender denn je, dass wir nicht länger 60 % unseres Getreides für den Trog produzieren. Wir brauchen Feldfrüchte für den Teller, nicht für den Trog.

Pflanzliche Hauptspeisen, in allen Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Mensen und öffentlichen Kantinen müssen zur neuen Selbstverständlichkeit werden und angemessen günstig angeboten werden. Auch beim Schulmilchprogramm braucht es biologische, regionale, pflanzliche Alternativen wie z. B. Hafer.

Um die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung erfüllen zu können, brauchen wir aber auch entsprechenden Anbau der gesundheitsförderlichen Lebensmittel Getreide, Gemüse, Obst und vermehrt wieder von Hülsenfrüchten. Während wir bei Fleisch einen Selbstversorgungsgrad von 118 % haben, bei Milch 112 %, sind es bei Gemüse gerade mal 36 % und bei Obst mit 20 % geradezu beängstigend wenig.

Für eine zügige Umsetzung in Kantinen, Schulen, Kitas, Krankenhäusern, Pflegeheimen, Mensen etc. sind Fortbildungsangebote für die Verpflegungsverantwortlichen notwendig. Sie sollen die großteils einfache Umsetzbarkeit einer pflanzenbasierten Ernährung aufzeigen und praktische Hilfestellungen bieten, sowie über gesundheitsförderliche und Klimaschutz-Aspekte aufklären. Schließlich ist unser Konsum von tierischen Produkten für mehr klimaschädliche Gase verantwortlich als der gesamte Verkehr. Diese Aspekte müssen bereits in die Ausbildung einfließen. Mit der Umsetzung dieser Schritte erreichen wir nicht nur, dass viele Landwirt\*innen wieder eine Perspektive haben und gleichzeitig die wichtigsten Maßnahmen zum Klimaschutz getroffen werden. Wir kommen damit auch der wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe nach, die Gesundheit, ganz besonders von schwachen und auf Hilfe angewiesenen Personen zu stärken.

### **Unterstützer\*innen**

Georg Koch (KV München), Cornelia Bethge (KV Rottal-Inn), Rita Petra Keller (KV Augsburg-Stadt), Helena Kontny (KV Würzburg-Stadt), Thomas Holler (BV KPV Bayern), Martin Züchner (KV München)

## **A11 Ein wirkungsorientierter Haushalt für Bayern**

Antragsteller\*in: Julia Post (KV München)

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

1 Um grüne und zukunftsweisende Ideen wahr werden zu lassen, benötigt der  
2 Freistaat Bayern einen Haushalt, der Probleme löst und die Zukunft gestaltet.  
3 Deshalb wollen die GRÜNEN in Bayern, dass die Bayerische Staatsregierung einen  
4 wirkungsorientierten Produkthaushalt nach Vorbild des Landes Niedersachsen mit  
5 Zielen und Kennzahlen aufstellt.

### **Zeit multipler Krisen erfordert Investitionen mit Wirkung**

6 Auch öffentliche Haushalte sind durch Mehrausgaben für Corona-Krise,  
7 Unterstützung der Ukraine und die steigenden Preisen enorm belastet.  
8 Gleichzeitig sind andere Krisen und Bedarfe dadurch nicht einfach verschwunden.  
9 Auch in Zukunft werden uns neue Herausforderungen begegnen, die mit weiteren  
10 Kosten verbunden sind. Ob Klimakrise, öffentliche Infrastruktur, Digitalisierung  
11 oder Bildungsungerechtigkeit: Wir müssen in viele Bereiche dringend investieren,  
12 um Krisen kurzfristig abzumildern und präventiv aktiv zu werden, damit  
13 zukünftige Krisen langfristig gar nicht erst entstehen. Dafür braucht es  
14 zielgerichtete öffentliche Haushaltsmittel.  
15

### **Schluss mit Floskeln: Wirtschaftlichkeit ernst nehmen!**

16 Umso wichtiger ist es, die finanziell verfügbaren Mittel dort einzusetzen, wo  
17 sie am dringendsten gebraucht werden und das auf eine Weise, welche die  
18 bestmöglichen Lösungen mit der größten Wirkung bevorzugt. Wir sind häufig gut  
19 darin, unsere Ressourcen effizient und sparsam einzusetzen. Jedoch bringt uns  
20 Sparsamkeit unserem Ziel einer generationengerechten Zukunft nicht näher. Wir  
21 brauchen einen effektiven statt einem rein effizienten Mitteleinsatz, der Gelder  
22 dort einsetzt wo sie ihr Wirkung voll entfalten können. Am Ende muss die  
23 effektivste Maßnahme ergriffen werden, statt lediglich der günstigsten. Mit  
24 „Wirkung“ sind unsere grünen politischen Ziele gemeint, wie bspw. das Abwenden  
25 der Klimakrise, wofür die Haushaltsmittel extrem knapp sind. Dieser  
26 Perspektivwechsel – weg von der reinen Sparsamkeit, hin zu einem Fokus auf das  
27 Ziel – ist der Weg um Krisen zu begegnen und neuen Krisen vorzubeugen. Im Kern  
28 verhilft dieser Ansatz auch dem Postulat nach wirtschaftlicher Haushaltsführung  
29 zu seinem Recht, einem der wichtigsten Grundsätze im Haushaltsrecht. Denn  
30 Wirtschaftlichkeit bedeutet hier, für ein bestimmtes Ergebnis die  
31 geringstmöglichen Mittel einzusetzen.  
32

33 Wirtschaftlichkeit darf also nicht nur einseitig finanzielle Mittel in den Blick  
34 nehmen, sondern muss auch die politischen Erträge sehen. In diese Rechnung muss  
35 auch ein entsprechender Zeithorizont einfließen, der über das Haushaltsjahr  
36 hinaus denkt. Genau deshalb sollte die haushaltspolitische Steuerung nicht über  
37 bereitgestellte Mittel, sondern über inhaltliche Zielvorgaben stattfinden. Diese  
38 Ziele müssen von einer Gesamtstrategie abgeleitet sein, die in den meisten  
39 Haushalten allerdings nur in den seltensten Fällen existiert. So wirkt der  
40 wirkungsorientierte Haushalt im besten Fall auch bspw. als Treiber für den  
41 Landesentwicklungsplan, der Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft wie  
42 u. a. Klimakrise oder Verkehrswende bei absehbar knapper werdenden Mitteln geben  
43 muss.

### 44 **Treiber für Transparenz und Innovation**

45 Ein solcher Haushalt leistet also die Übersetzung der Gesamtstrategie in  
46 Wirkungsziele, Erfolgsindikatoren sowie konkrete Maßnahmen. Politisches Handeln  
47 und Verwaltungshandeln werden so systematisch auf Strategien und Wirkungsziele  
48 ausgerichtet. Damit wird die Effizienz auch ins Verwaltungshandeln  
49 hineingetragen, erzeugt mehr Transparenz, ermöglicht Innovation und eine  
50 stärkere Bürger\*innenorientierung. Dieses Steuerungssystem muss künftig  
51 verpflichtender Bestandteil aller öffentlichen Haushalte in Bayern werden und  
52 nicht nur für die Kommunen mit doppischem Haushaltswesen.

### **Unterstützer\*innen**

Samuel Moser (KV München), Reinhard Gloggeniesser (KV München), Oliver Strisch (KV Eichstätt), Diana Brand (KV München), Lendita Musliji (KV München), Ulrich Lindner (KV Schwabach), Henrike Hahn (KV München), Tina Winklmann (KV Schwandorf), Martin Züchner (KV München), Sanne Kurz (KV München), Sascha Müller (KV Schwabach), Heidi Schiller (KV München), Henrik Schmidt-Heck (KV Roth), Sarah Onken (KV Ebersberg), Michael Czisch (KV München), Gisela Kainz (KV München), Maria Krieger (KV Kelheim), Tom Aurnhammer (KV Nürnberg-Stadt), Jörg Lipp (KV Nürnberg-Stadt), Martin Staude (KV München), Martina Neubauer (KV Starnberg), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Felix Erbe (KV Roth), Anais Schuster-Brandis (KV München), Manuel Neulinger (KV Weilheim-Schongau), Dardan Kolic (KV München), Arian Kunze (KV Ebersberg), Verena Machnik (KV Starnberg), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Angela Isop (KV Kempten), Lucas Brunkhorst (BV Grüne Jugend), Anja Callam (KV München), Mona Fuchs (KV München), Stefanie Rothermel (KV München), Eva Borke-Thoma (BV KPV Bayern), Florina Vilgertshofer (KV München), Doris Wagner (KV München), Georg Koch (KV München), Wolfgang Hofmann (KV Bad Kissingen), Thomas Holler (KV München-Land), Marion Lüttig (KV München)



## **A12 Flächendeckende Psychosoziale Notfallversorgung in Bayern schaffen**

Antragsteller\*in: Leon Eckert (KV Freising)

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

1 Der Tod von Angehörigen, das Miterleben eines schweren Verkehrsunfalls oder die  
2 Ohnmacht während einer Katastrophe. Ereignisse, die zwar keine sichtbaren Wunden  
3 hinterlassen, aber uns innerlich schwer belasten können. Für Menschen, die so  
4 etwas erleben, gibt es die Psychosoziale Notfallversorgung für Betroffene (PSNV-  
5 B), oft organisiert in Krisen-Interventions-Teams (KIT).

6 Diese ehrenamtlich tätigen Teams eilen zu Personen, denen emotional stark  
7 belastende Erlebnisse widerfahren sind, leisten erste psychische Stabilisierung  
8 und helfen ihnen dabei selbst mit ihrer momentanen Situation zurechtzukommen.  
9 Eine erste psychische Stabilisierung und das Vermitteln von Anknüpfungspunkten  
10 in Regelstrukturen sind wichtig. Sie verhindern, dass Personen im Nachgang von  
11 traumatischen Ereignissen Folgeerkrankungen, wie eine Posttraumatische  
12 Belastungsstörung, entwickeln. Nach der Akuthilfe erfolgt die Überführung in die  
13 Regelversorgung.

### ***Gleiche Versorgung für Stadt und Land - Gleichstellung von Einsatzkräften***

14  
15 Die Vergangenheit hat oft gezeigt, welche fatalen Folgen die mangelhafte  
16 Abdeckung und Koordination der PSNV bei Großschadenslagen, wie z.B. dem OEZ-  
17 Attentat oder dem Zugunglück von Bad-Aibling, nach sich ziehen kann. Die  
18 derzeitige Struktur der PSNV ist für solche Extremereignisse nicht ausgelegt und  
19 kann eine adäquate Versorgung traumatisierter Menschen deswegen nicht  
20 garantieren. Das führt immer wieder dazu, dass Menschen in Krisensituationen mit  
21 ihrer Überforderung und/oder Traumatisierung im Stich gelassen werden, sobald  
22 das System an seine Grenzen stößt. Für die Zukunft herrscht hierfür dringender  
23 Verbesserungsbedarf.

24 Doch die Versorgung in Bayern mit den Fähigkeiten der PSNV sind höchst  
25 unterschiedlich. So ist durch die fehlende rechtliche Verankerung die Abdeckung  
26 in den Regionen Bayerns verschieden ausgeprägt. Hinzu kommt, dass die  
27 ehrenamtlichen Einsatzkräfte derzeit in Sachen Freistellung und in der  
28 Lohnfortzahlung schlechter gestellt sind, als die Kolleg\*innen von der  
29 "handfesten" Gefahrenabwehr. Im gleichen Einsatz können so unterschiedliche  
30 Regeln gelten für diejenigen, die ein Auto aufschneiden und diejenigen, die sich  
31 um die Angehörigen vor Ort kümmern.

32 **Psychosoziale Notfallversorgung als Teil der Gefahrenabwehr fest verankern!**

33 Wir GRÜNEN wollen das ändern! Kein Mensch in Bayern soll in extrem belastenden  
34 Notsituationen allein gelassen werden. Dafür braucht es eine feste Verankerung  
35 der Psychosozialen Notfallversorgung für den akuten Bedarf nach einem Ernstfall.

36 Wir wollen die Psychosoziale Notfallversorgung als 3. Säule der Gefahrenabwehr  
37 neben Rettungsdienst und Feuerwehr in den Landkreisen und den kreisfreien  
38 Städten gesetzlich fest verankern, damit wir gleiche Versorgungsstandards in  
39 ganz Bayern schaffen. Dabei wollen wir die Art und Weise der Organisation  
40 bewusst offen lassen. In Bayern gibt es bereits erfolgreiche Organisationsformen  
41 der PSNV. Diese nutzen die Stärken der Landkreise und binden die Einsatzkräfte  
42 richtig ein.

43 Für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte sollen die gleichen Regelungen wie für  
44 freiwillige Feuerwehrleute gelten. Das bedeutet insbesondere die Freistellung  
45 für die Ausbildung und den Einsatz, sowie die Lohnfortzahlung, falls dies in der  
46 Arbeitszeit erfolgt. Nur so kann es langfristig ein stabiles Team und ein  
47 erfolgreiches Miteinander im Einsatz geben.

48 Die Implementierung und Fortentwicklung wollen wir auf Landesebene  
49 institutionell stärken. Dafür soll die Landeszentralstelle aufgewertet werden,  
50 um die Landkreise und kreisfreien Städte, sowie die Einsatzorganisationen  
51 begleiten zu können. Mit der Verbindung zwischen Praxis und Forschung soll das  
52 System der PSNV stetig weiterentwickelt werden.

**Unterstützer\*innen**

Felix Erbe (KV Roth), Tim Höfler (KV Aschaffenburg-Land), Jakob Aschenbrenner (KV Freising), Andreas Hauner (KV Freising), Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land), Timon Hajek (KV Freising), Elli Wolf (KV Amberg-Sulzbach), Yannik Pleick (KV Roth), Laetitia Wegmann (KV Erding), Christina Fichtner (KV Regensburg-Stadt), Sandra Smolka (KV Freising), Maximilian Retzer (KV Landshut-Land), Nana Kollarczyk (KV Eichstätt), Elias Buchegger (KV Freising), Angelika Pflügler (KV Freising), Oliver Strässle (KV Freising), Cosima Pfannschmidt (KV München), Lilli Grosch (KV Würzburg-Stadt), Thomas Liebenthal (KV Freising), Thorsten Klenke (KV Freising), Dardan Kolic (KV München), Sabine Bock (KV Freising), Ramona Rümelin (KV Freising), Verena Juranowitsch (KV Freising), Arian Kunze (KV Ebersberg), Maximilian Breu (KV Freising), Lena Haußmann (KV Freising), Verena Machnik (KV Starnberg), Frank Dürsch (KV München), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Martin Pilgram (KV Starnberg), Carolin Hölscher (KV Freising), Matthias Ernst (KV Straubing-Bogen), Rita Petra Keller (KV Augsburg-Stadt), Ami Lanzinger (KV Erding), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt), Lucas Brunkhorst (BV Grüne Jugend), Anja Callam (KV München),

Mona Fuchs (KV München), Clara Nitsche (BV Grüne Jugend), Eva Borke-Thoma (BV KPV Bayern), Florina Vilgertshofer (KV München), Stefanie Auer (KV Passau-Stadt), Helena Kontny (KV Würzburg-Stadt), Constantin Jahn (KV München), Paul Bonte (BV Grüne Jugend), Florian Dietrich (KV München-Land), Thomas Holler (KV München-Land)

## **L1 Sicher und gut versorgt: So entlasten wir die Menschen in Bayern**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 26.08.2022  
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Bayer\*innen entlasten

### 1 **Sicher und gut versorgt: So entlasten wir die Menschen in Bayern**

2 Erst Corona, nun die Energiekrise und die fossile Inflation: Viele unserer  
3 Mitmenschen machen sich gerade große Sorgen darüber, wie sie die nächste  
4 Stromrechnung oder den Einkauf im Supermarkt am Ende des Monats bezahlen können.  
5 Besonders betroffen sind diejenigen, die schon vor der Krise nicht über die  
6 Runden kamen oder jeden Cent zwei Mal umdrehen mussten, aber auch die, die  
7 bisher „nur“ gut mit ihrem Geld haushalten mussten. Bei immer mehr Menschen  
8 reicht es jetzt schlichtweg nicht mehr. Wir GRÜNE stehen an der Seite dieser  
9 Menschen. Wir schauen genau hin und unterstützen diejenigen, die alleine gerade  
10 nicht auskommen. Und wir kümmern uns darum, dass Bayern nie wieder in eine  
11 Energiekrise geraten kann, für die am Ende die Bürger\*innen bezahlen müssen. Wir  
12 haben einen genauen Plan und krempeln die Ärmel hoch, damit wir Last von den  
13 Schultern der Bayer\*innen nehmen. Wir sorgen dafür, dass Bayern stabil bleibt.

### 14 **Wir machen den Strom günstig**

- 15 • Wir bauen die erneuerbaren Energiequellen, allen voran Wind und Sonne,  
16 hier in Bayern schnell und mit aller Kraft aus. Wir stärken das Stromnetz.
- 17 • Wir unterstützen Bürger\*innen dabei, eigene Photovoltaik-Anlagen zu bauen  
18 und so langfristig mit ihrem eigenen Strom Geld zu sparen. Wir  
19 unterstützen jede\*n dabei, eine Bürgerenergiegenossenschaft zu gründen und  
20 Geld in Wind- und Sonnenenergie zu investieren.
- 21 • Wir machen Klimaschutz zur Pflichtaufgabe in jeder Kommune, damit alle  
22 Gemeinden und Städte auf ihren Dächern massiv Photovoltaik-Anlagen  
23 nachrüsten.
- 24 • Wir begrüßen, dass die Bundesregierung Mieter\*innen beim Bezahlen von  
25 Heizkosten entlastet. Es ist richtig, dass bei veralteten,  
26 klimaschädlichen Heizungen künftig 90 Prozent der CO<sub>2</sub>-Kosten von  
27 Vermieter\*innen gezahlt werden müssen.

## 28 **Wir machen Bus und Bahn zur besten Wahl**

29 Der Erfolg des 9-Euro-Tickets zeigt: Sehr viele Menschen in Bayern wollen gerne  
30 mit Zug und Bus fahren. Wir bauen auf die guten Erfahrungen aus dem  
31 Erfolgsprojekt und machen Bus und Bahn in Bayern in alle Ecken zur besten Wahl:

- 32 • Wir vernetzen das Land und bauen dort endlich das ÖPNV-Angebot aus, damit  
33 der Bus in jedes Dorf kommt. Unsere Maßnahme ist die Mobilitätsgarantie:  
34 Damit garantieren wir, dass mindestens einmal je Stunde je Ort zwischen 5  
35 und 24 Uhr ein (Ruf-)Bus fährt. Damit kann sich auch jeder Mensch auf dem  
36 Land auf einen günstigen und bequemen öffentlichen Nahverkehr verlassen.  
37 Wir schaffen fünf Verkehrsverbünde in ganz Bayern. Mit den Verbundtickets  
38 wird es dann für Bewohner\*innen und Besucher\*innen einfach und günstig, in  
39 allen Ecken Bayerns unterwegs zu sein. Das 9-Euro-Ticket hat die Menschen  
40 in Bayern in Stadt und Land massiv entlastet. Eine Fortführung ist im  
41 Interesse Bayerns. Wir GRÜNE fordern, dass sich der Freistaat an einem  
42 Nachfolgeangebot des 9-Euro-Tickets beteiligt.
- 43 • Wir wollen allen Menschen ohne eigenem Auto in Bayern einen  
44 niedrighschwelligen, günstigen und umweltfreundlichen Zugang zu  
45 individueller E-Mobilität und Lastentransporten eröffnen. Autoteiler-  
46 Vereine und kommerzielle Sharing-Angebote ermöglichen immer mehr Menschen  
47 ein Auto zu nutzen, wenn sie darauf angewiesen sind - ohne dass hohe  
48 Kosten für Anschaffung und Unterhalt sie belasten. Die Beliebtheit lässt  
49 sich in den steigenden Nutzungszahlen in Bayerns Großstädten beobachten.  
50 Gerade auf dem Land fehlt das Angebot aber häufig. Wir geben deshalb  
51 Bayern ein verbindliches Ziel von mindestens 1,5 verfügbaren Carsharing-  
52 Autos je 1000 Einwohner\*innen flächendeckend in allen Gemeinden Bayerns  
53 bis 2025 und unterstützen Carsharing-Vereine mit Start-Zuschüssen je  
54 Gemeinde, reservierten Stellplätzen und kommunaler Mitnutzung.

## 55 **Wir unterstützen Menschen so, dass es ankommt**

- 56 • Um den steigenden Kosten für Essen entgegenzuwirken, streichen wir die  
57 Mehrwertsteuer auf wichtige Lebensmittel wie Obst, Gemüse und  
58 Hülsenfrüchte.
- 59 • Kinder, Alleinerziehende und Familien unterstützen wir durch eine  
60 verlässliche Betreuung ohne Ausfälle durch Lockdowns. Das Familiengeld  
61 zahlen wir zielgerichtet aus, damit es die erreicht, die Unterstützung  
62 benötigen.
- 63 • Wir stellen sicher, dass es in allen Landkreisen und Gemeinden in Bayern  
64 genug Plätze in der stationären und ambulanten Pflege gibt. Um Menschen zu  
65

66 entlasten, die ihre Angehörigen selbst pflegen, bauen wir  
67 Pflegestützpunkte mit einem guten Beratungsangebot in allen Landkreisen  
auf.

68 • Jede gute Arbeit hat einen Wert. Wir dämmen den großen Niedriglohn-Sektor  
69 in Bayern ein: Der Freistaat Bayern muss mit gutem Beispiel vorangehen und  
70 vorbildliche, faire Löhne zahlen, wenn er einen Auftrag vergibt. So heben  
71 wir das Lohnniveau.

72 • Bayern braucht mehr bezahlbare und soziale Wohnungen. Deshalb sorgen wir  
73 für eine gerechte Wohn-Förderung, die zu den Bau- und Grundstückspreisen  
74 passt. Wir stärken den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau und  
75 machen eine soziale Bodenpolitik. Wir begrenzen Mieterhöhungen und wir  
76 unterstützen gezielt faire Vermieter\*innen. Mit einer neuen gezielten  
77 Förderung unterstützen wir Menschen und Initiativen, die eine  
78 Wohnungsbaugenossenschaft gründen wollen.

79 • Wir setzen uns dafür ein, dass Studierende und Rentner\*innen bei ihren  
80 Energiekosten entlastet werden und dass die Energiepreispauschale des  
81 Bundes in einem weiteren zu schnürenden Entlastungspaket entsprechend  
82 ausgebaut wird. Außerdem müssen das Wohngeld und das Kindergeld spürbar  
83 erhöht werden, damit die entlastet werden, die es am dringendsten  
84 brauchen.

85 • Diese gezielten Entlastungen finanzieren wir durch eine Übergewinnsteuer  
86 für Unternehmen, die von der Energiekrise profitierten, sowie mit einer an  
87 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Fahrzeugs gekoppelten Reform des Dienstwagenprivilegs.  
88 Wir sprechen uns für eine gerechtere Gestaltung der Pendlerpauschale aus  
89 und wandeln sie in ein von der Einkommenssteuer unabhängiges  
90 Mobilitätsgeld um, das alle Menschen erhalten.

## 91 **Wir sorgen für jede\*n in Bayern**

92 • Wir unterstützen jeden Menschen in Bayern, von Jung bis Alt, der sich  
93 (weiter-)bildet. An Bayerns Schulen sorgen wir für multiprofessionelle  
94 Teams, indem wir ergänzend zu Lehrer\*innen weitere Fachkräfte, wie  
95 beispielsweise Erzieher\*innen, Schulbegleiter\*innen oder  
96 Sozialpädagog\*innen, einstellen. Damit wird die Schule zu einem Ort, an  
97 dem gesellschaftliches Miteinander gelebt wird und alle Kinder und  
98 Jugendliche in ihrer Entwicklung begleitet und bestmöglich gefördert  
99 werden. Wir setzen uns dafür ein, dass es an jeder Schule Sozial- und  
100 Jugendarbeiter\*innen gibt.

101 • Wir nutzen die Chancen des „Guten Ganztages“: Wir unterstützen die Schulen  
102

103 und Kommunen vor Ort, ausreichend Ganztagesplätze mit einer qualitativ  
104 guten Betreuung an zu schaffen. So lässt sich der Rechtsanspruch auf einen  
105 Ganztagesplatz in der Grundschule ab 2026 gut umzusetzen. So sorgen wir  
106 für eine gute und gerechte Bildung von Anfang an für alle Schüler\*innen in  
Bayern.

107 • Die psychische Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und allen Erwachsenen  
108 stärken wir durch mehr und ausreichend Beratungsstellen. Wir setzen uns  
109 für mehr Therapieplätze ein und dafür, dass die in der Corona-Pandemie  
110 entstandenen Online-Angebote für psychologische Beratung fortgeführt  
111 werden. Allen Beratungsstellen geben wir Zugriff auf Dolmetscherdienste  
112 sowohl für Fremdsprachen als auch für Gebärdensprache. Krisendienste und  
113 Nothilfhotlines machen wir bekannter. Wir informieren mit  
114 Aufklärungskampagnen umfassend über psychische Gesundheit und Überlastung.  
115 Besondere Unterstützung benötigen Young Carer, also Kinder, die sich um  
116 kranke Familienmitglieder kümmern. Ihnen stellen wir Ansprechpartner\*innen  
117 in der Schule, online oder vor Ort zur Seite.

118 • Theater, Sport, Kino oder Kurse für Kinder sollen für alle möglich sein,  
119 deshalb machen wir öffentliche Angebote in jedem Dorf und jeder Stadt für  
120 Menschen mit wenig Geld günstiger, nach dem Vorbild des München-Pass in  
121 unserer Landeshauptstadt.

122 • Wir unterstützen Menschen, die sich für Mitmenschen mit weniger Geld  
123 ehrenamtlich, zum Beispiel bei der Tafel, engagieren. Ehrenamtlich tätige  
124 Studierende erhalten eine verlängerte Studienzeit, ehrenamtlich tätige  
125 Beschäftigte im öffentlichen Dienst erhalten Arbeitszeitboni. Mit 5 Tagen  
126 Bildungsfreistellung für alle je Jahr ermöglichen wir auch Ehrenamtlichen  
127 sich weiterzubilden und ihr Engagement gut geschult auszuüben.

## **Unterstützer\*innen**

Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land),  
Cornelia Bethge (KV Rottal-Inn), Rudolf Schmidhuber (KV Mühldorf), Sigrid Goldbrunner  
(KV München)

## **L1-neu Sicher und gut versorgt: So entlasten wir die Menschen in Bayern**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 16.09.2022  
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Bayer\*innen entlasten

### 1 **Sicher und gut versorgt: So entlasten wir die Menschen in Bayern**

2 Erst Corona, nun die Energiekrise und die fossile Inflation: Viele unserer  
3 Mitmenschen machen sich gerade große Sorgen darüber, wie sie die nächste  
4 Stromrechnung oder den Einkauf im Supermarkt am Ende des Monats bezahlen können.  
5 Besonders betroffen sind diejenigen, die schon vor der Krise nicht über die  
6 Runden kamen oder jeden Cent zwei Mal umdrehen mussten, aber auch die, die  
7 bisher „nur“ gut mit ihrem Geld haushalten mussten. Bei immer mehr Menschen  
8 reicht es jetzt schlichtweg nicht mehr. Wir GRÜNE stehen an der Seite dieser  
9 Menschen. Wir schauen genau hin und unterstützen diejenigen, die alleine gerade  
10 nicht auskommen. Und wir kümmern uns darum, dass Bayern nie wieder in eine  
11 Energiekrise geraten kann, für die am Ende die Bürger\*innen bezahlen müssen. Wir  
12 haben einen genauen Plan und krempeln die Ärmel hoch, damit wir Last von den  
13 Schultern der Bayer\*innen nehmen. Wir sorgen dafür, dass Bayern stabil bleibt.

### 14 **Wir machen den Strom günstig**

- 15 • Wir bauen die erneuerbaren Energiequellen, allen voran Wind und Sonne,  
16 hier in Bayern schnell und mit aller Kraft aus. Wir stärken das Stromnetz.
- 17 • Wir unterstützen Bürger\*innen dabei, eigene Photovoltaik-Anlagen zu bauen  
18 und so langfristig mit ihrem eigenen Strom Geld zu sparen. Wir  
19 unterstützen jede\*n dabei, eine Bürgerenergiegenossenschaft zu gründen und  
20 Geld in Wind- und Sonnenenergie zu investieren.
- 21 • Wir machen Klimaschutz zur Pflichtaufgabe in jeder Kommune, damit alle  
22 Gemeinden und Städte auf ihren Dächern massiv Photovoltaik-Anlagen  
23 nachrüsten.
- 24 • Wir begrüßen, dass die Bundesregierung Mieter\*innen beim Bezahlen von  
25 Heizkosten entlastet. Es ist richtig, dass bei veralteten,  
26 klimaschädlichen Heizungen künftig 90 Prozent der CO<sub>2</sub>-Kosten von  
27 Vermieter\*innen gezahlt werden müssen. **Denn nur diese können diese**



28 **Heizungen durch moderne, klimafreundliche Alternativen ersetzen. Zudem ist**  
29 **es richtig, dass Zufallsgewinne der Energieunternehmen abgeschöpft werden**  
30 **und die Bürger\*innen so entlastet werden können. Entsprechende Pläne der**  
31 **Bundesregierung und der EU-Kommission begrüßen wir. Nun müssen diese**  
32 **Vorschläge zügig umgesetzt werden.**

### 33 **Wir machen Bus und Bahn zur besten Wahl**

34 Der Erfolg des 9-Euro-Tickets zeigt: Sehr viele Menschen in Bayern wollen gerne  
35 mit Zug und Bus fahren. Wir bauen auf die guten Erfahrungen aus dem  
36 Erfolgsprojekt und machen Bus und Bahn in Bayern in alle Ecken zur besten Wahl:

- 37 • Wir vernetzen das Land und bauen dort endlich das ÖPNV-Angebot aus, damit  
38 der Bus in jedes Dorf kommt. Unsere Maßnahme ist die Mobilitätsgarantie:  
39 Damit garantieren wir, dass mindestens einmal je Stunde je Ort zwischen 5  
40 und 24 Uhr ein (Ruf-)Bus fährt. Damit kann sich auch jeder Mensch auf dem  
41 Land auf einen günstigen und bequemen öffentlichen Nahverkehr verlassen.  
42 Wir schaffen fünf Verkehrsverbünde in ganz Bayern. Mit den Verbundtickets  
43 wird es dann für Bewohner\*innen und Besucher\*innen einfach und günstig, in  
44 allen Ecken Bayerns unterwegs zu sein. Das 9-Euro-Ticket hat die Menschen  
45 in Bayern in Stadt und Land massiv entlastet. Eine Fortführung ist im  
46 Interesse Bayerns. Wir GRÜNE fordern, dass der Freistaat **ein bayernweit**  
47 **gültiges 29-Euro-Ticket auf den Weg bringt und seinen Widerstand gegen ein**  
48 **bundesweit gültiges 49-Euro-Ticket aufgibt.**
- 49 • Wir wollen allen Menschen ohne eigenes Auto in Bayern einen  
50 niedrighwelligen, günstigen und umweltfreundlichen Zugang zu  
51 individueller E-Mobilität und Lastentransporten eröffnen. Autoteiler-  
52 Vereine und kommerzielle Sharing-Angebote ermöglichen immer mehr Menschen  
53 ein Auto zu nutzen, wenn sie darauf angewiesen sind - ohne dass hohe  
54 Kosten für Anschaffung und Unterhalt sie belasten. Die Beliebtheit lässt  
55 sich in den steigenden Nutzungszahlen in Bayerns Großstädten beobachten.  
56 Gerade auf dem Land fehlt das Angebot aber häufig. Wir geben deshalb  
57 Bayern ein verbindliches Ziel von mindestens 1,5 verfügbaren Carsharing-  
58 Autos je 1000 Einwohner\*innen flächendeckend in allen Gemeinden Bayerns  
59 bis 2025 und unterstützen Carsharing-Vereine mit Start-Zuschüssen je  
60 Gemeinde, reservierten Stellplätzen und kommunaler Mitnutzung.

### 61 **Wir unterstützen Menschen so, dass es ankommt**

- 62 • **Wir setzen uns für einen Heiz-Härtefonds in Bayern in Höhe von 200**  
63 **Millionen Euro für Familien und einkommensschwächere Haushalte ein, die**  
64 **mögliche Nachzahlungen für Öl und Gas nach Ende der kommenden Heizsaison**  
65 **nicht bezahlen können.**

- 66 • Kinder, Alleinerziehende und Familien unterstützen wir durch eine  
67 verlässliche Betreuung ohne Ausfälle durch Lockdowns. **Mit einem neuen**  
68 **Investitionsprogramm für Fachkräfte in Kitas gewinnen wir endlich mehr gut**  
69 **bezahlte Fachkräfte in den Krippen und Kitas.** Das Familiengeld  
70 zahlen wir zielgerichtet aus, damit es die erreicht, die Unterstützung  
71 benötigen.
- 72 • Wir stellen sicher, dass es in allen Landkreisen und Gemeinden in Bayern  
73 genug Plätze in der stationären und ambulanten Pflege gibt. Um Menschen zu  
74 entlasten, die ihre Angehörigen selbst pflegen, bauen wir  
75 Pflegestützpunkte mit einem guten Beratungsangebot in allen Landkreisen  
76 auf.
- 77 • Jede gute Arbeit hat einen Wert. Wir dämmen den großen Niedriglohn-Sektor  
78 in Bayern ein: Der Freistaat Bayern muss mit gutem Beispiel vorangehen und  
79 vorbildliche, faire Löhne zahlen, wenn er einen Auftrag vergibt. So heben  
80 wir das Lohnniveau.
- 81 • Bayern braucht mehr bezahlbare und soziale Wohnungen. Deshalb sorgen wir  
82 für eine gerechte Wohn-Förderung, die zu den Bau- und Grundstückspreisen  
83 passt. Wir stärken den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau und  
84 machen eine soziale Bodenpolitik. Wir begrenzen Mieterhöhungen und wir  
85 unterstützen gezielt faire Vermieter\*innen. Mit einer neuen gezielten  
86 Förderung unterstützen wir Menschen und Initiativen, die eine  
87 Wohnungsbaugenossenschaft gründen wollen.
- 88 • **Wir begrüßen, dass auch Studierende und Rentner\*innen bei ihren**  
89 **Energiekosten durch eine Energiepreispauschale des Bundes entlastet**  
90 **werden. Auch die Ausweitung des Wohngeldes und des Kindergeldes werden**  
91 **diejenigen entlasten, die es am dringendsten brauchen.**
- 92 • **Für mögliche weitere künftige Entlastungspakete setzen wir uns zur**  
93 **Gegenfinanzierung für eine mit einer an den CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Fahrzeugs**  
94 **gekoppelten Reform des Dienstwagenprivilegs ein.**  
95 Wir sprechen uns für eine gerechtere Gestaltung der Pendlerpauschale aus  
96 und wandeln sie in ein von der Einkommenssteuer unabhängiges  
97 Mobilitätsgeld um, das alle Menschen erhalten. **Gerade in den aktuellen**  
98 **Krisenzeiten ist es wichtig, dass wir als Staat in die Zukunft - den**  
99 **sozialen Frieden und eine zukunftsfähige Infrastruktur - investieren. Das**  
100 **wollen wir tun und daher die Schuldenbremse reformieren und mit einer**  
101 **Investitionsregel für den Klimaschutz kombinieren.**

102 **Wir sorgen für jede\*n in Bayern**

- 103 • Wir unterstützen jeden Menschen in Bayern, von Jung bis Alt, der sich  
104 (weiter-)bildet. An Bayerns Schulen sorgen wir für multiprofessionelle  
105 Teams, indem wir ergänzend zu Lehrer\*innen weitere Fachkräfte, wie  
106 beispielsweise Erzieher\*innen, Schulbegleiter\*innen oder  
107 Sozialpädagog\*innen, einstellen. Damit wird die Schule zu einem Ort, an  
108 dem gesellschaftliches Miteinander gelebt wird und alle Kinder und  
109 Jugendliche in ihrer Entwicklung begleitet und bestmöglich gefördert  
110 werden. Wir setzen uns dafür ein, dass es an jeder Schule Sozial- und  
111 Jugendarbeiter\*innen gibt.
  
- 112 • Wir nutzen die Chancen des „Guten Ganztages“: Wir unterstützen die Schulen  
113 und Kommunen vor Ort, ausreichend Ganztagesplätze mit einer qualitativ  
114 guten Betreuung an zu schaffen. So lässt sich der Rechtsanspruch auf einen  
115 Ganztagesplatz in der Grundschule ab 2026 gut umzusetzen. So sorgen wir  
116 für eine gute und gerechte Bildung von Anfang an für alle Schüler\*innen in  
117 Bayern.
  
- 118 • An Erlebnissen wie Ausflügen und Klassenfahrten sollen alle Kinder  
119 teilnehmen können, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir finanzieren  
120 daher im aktuellen Schuljahr 2022/2023 ein- oder mehrtägige Ausflüge und  
121 Klassenfahrten zu 100% staatlich und stoppen Zuzahlungen für Sportlager,  
122 Wandertag oder Skiwoche bis zur 7. Klasse. So machen alle Kinder auf  
123 Ausflügen und Klassenfahrten die pädagogischen Erfahrungen, die im  
124 Familien- und Schulalltag nicht möglich sind und haben gleiche  
125 Lernchancen.
  
- 126 • **Wir wollen eine zusätzliche U-Untersuchung für jedes Kind im Freistaat**  
127 **ermöglichen. Mit dieser zusätzlichen Gesundheitsvorsorge unterstützen wir**  
128 **nach belastenden Pandemie Jahren die gesunde kindliche Entwicklung.**
  
- 129 • Die psychische Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und allen Erwachsenen  
130 stärken wir durch mehr und ausreichend Beratungsstellen. Wir setzen uns  
131 für mehr Therapieplätze ein und dafür, dass die in der Corona-Pandemie  
132 entstandenen Online-Angebote für psychologische Beratung fortgeführt  
133 werden. Allen Beratungsstellen geben wir Zugriff auf Dolmetscherdienste  
134 sowohl für Fremdsprachen als auch für Gebärdensprache. Krisendienste und  
135 Nothilfhotlines machen wir bekannter. Wir informieren mit  
136 Aufklärungskampagnen umfassend über psychische Gesundheit und Überlastung.  
137 Besondere Unterstützung benötigen Young Carer, also Kinder, die sich um  
138 kranke Familienmitglieder kümmern. Ihnen stellen wir Ansprechpartner\*innen  
139 in der Schule, online oder vor Ort zur Seite.
  
- 140 • Theater, Sport, Kino oder Kurse für Kinder sollen für alle möglich sein,  
141 deshalb machen wir öffentliche Angebote in jedem Dorf und jeder Stadt für  
142 Menschen mit wenig Geld günstiger, nach dem Vorbild des München-Pass in

143 unserer Landeshauptstadt.

- 144 • ***Ehrenamtlich tätige Menschen sind der Kitt, der unsere Gesellschaft***  
145 ***zusammenhält. Gerade in einer Zeit, in der verschiedene Krisen zu***  
146 ***bewältigen sind, zeigt sich der Wert ehrenamtlichen Engagements besonders***  
147 ***deutlich. Deswegen unterstützen wir gesellschaftliches Engagement. Wir***  
148 ***schaffen günstige Rahmenbedingungen für eine konfliktfreie Vereinbarkeit***  
149 ***von Ehrenamt und Beruf. Mit 5 Tagen Bildungsfreistellung für alle je Jahr***  
150 ***ermöglichen wir auch Ehrenamtlichen sich weiterzubilden und ihr Engagement***  
151 ***gut geschult auszuüben. Für ehrenamtlich tätige Studierende verlängern wir***  
152 ***die Regel- bzw. Höchststudienzeit. Die Übungsleiter- und die***  
153 ***Ehrenamtspauschale passen wir an. Wir fördern den Bekanntheitsgrad der***  
154 ***Ehrenamtskarte in Bayern und erhöhen durch den Ausbau von Kooperationen***  
155 ***mit kommunalen und privatwirtschaftlichen Einrichtungen die Attraktivität.***

### **Unterstützer\*innen**

Rita Petra Keller (KV Augsburg-Stadt)

## **F1 Änderung der Erstattungsordnung**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 25.08.2022  
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Satzung & Finanzordnung

1 Die LDK möge folgende Änderungen der Erstattungsordnung beschließen:

2 Abschnitt 2: Sachlicher Geltungsbereich

3 1. (b)

4 Der Aufzählung der erstattungsfähigen Kosten/Aufwendungen wird „Kosten für  
5 Buchführung“ hinzugefügt.

6 Abschnitt 3: Fahrtkosten

7 1. (c)

8 Dem ursprünglichen Absatz: „Erstattet werden: die tatsächlich nachgewiesenen  
9 Fahrtkosten für Taxifahrten, wenn zur Ausführung des Auftrages oder Beschlusses  
10 oder zur Ausübung des Wahlamtes im Einzelfall die Benutzung anderer öffentlicher  
11 Verkehrsmittel nicht möglich war.“

12 wird folgender Wortlaut hinzugefügt: „Erstattet werden: ‘im Ausnahmefall’ die  
13 tatsächlich nachgewiesenen Fahrtkosten für... Verkehrsmittel nicht möglich war.“

14 Abschnitt 6: Sachkosten

15 1. Der Absatz (e) wird neu hinzugefügt.

16 Wer die Buchhaltung vollständig und eigenständig erbringt, darf eine Vergütung  
17 für seine Tätigkeit verlangen. Diese Vergütung darf die Sätze des Landesverbands  
18 nicht überschreiten. Die Buchhaltung muss den Grundsätzen der ordnungsgemäßen  
19 Buchhaltung (GoBs) entsprechen. Insbesondere auf Belegvollständigkeit und  
20 zeitnahe Buchung ist zu achten.

21 Weitere Voraussetzung ist z.B. eine Ausbildung als Buchhalter\*in,  
22 Steuerfachangestellte\*r oder anderer gleichartiger Beruf. Im Zweifelsfall erfolgt  
23 die Prüfung und Erlaubnis zur Selbstbuchhaltung des jeweiligen Einzelfalls durch  
24 den Landesverband.

25 Abschnitt 11: Inkrafttreten

26 1. Der Aufzählung der geänderten Beschlüsse wird „Geändert mit Beschluss des  
27 Landesausschusses am 26.7.2022“ hinzugefügt

28 Überschrift:

- 29 2. Die Gültigkeit der Erstattungsordnung wird auf den „01.01.2022“ geändert  
30 Im gesamten Text wird die geschlechtergerechte Sprache angewandt:  
31 1. „Der/die Anspruchsberechtigte“ wird im gesamten Text durch „Die  
32 anspruchsberechtigte Person“ ersetzt.

## **F2 Änderung der Finanzordnung**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 25.08.2022  
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Satzung & Finanzordnung

1 AntragstellerInnen: Landesvorstand beschlossen am 25.08.2022  
2 Die LDK möge folgende Änderungen der Finanzordnung beschließen:

3 Abschnitt A: Rechenschaftslegung

4 1. (1.4)

5 Ursprünglicher Wortlaut: Alle übrigen Gliederungen und Gremien des  
6 Landesverbands, die eine eigene Kassenführung betreiben (Bezirks- und  
7 Regionalverbände, Landesarbeitskreise, GRIBS, GJ Bayern, Ökofonds) legen der\*die  
8 Landesschatzmeister ebenfalls bis zum 31. März eines jeden Jahres ihre  
9 Jahreskassenberichte vor. Die Landesarbeitsgemeinschaften legen zu diesem Termin  
10 auch ihre Rechenschaftsberichte nach Landessatzung §22 (4) vor.

11 Hierbei sind Übersichten über den Stand und die Beschlusslage zu den internen  
12 Rücklagen nicht zwingend, Mitgliederlisten erübrigen sich

13 a. Bei der Aufzählung aller Gliederungen und Gremien des Landesverbandes, die  
14 eine eigene Kassenführung betreiben werden die „Ökofonds“ aus der Aufzählung  
15 entfernt.

16 b. In Satz Zwei wird das Wort „Landesarbeitskreise“ durch  
17 „Landesarbeitsgemeinschaften“ ersetzt.

18 c. Der letzte Satzteil „Mitgliederlisten erübrigen sich“ wird entfernt.

19 Abschnitt B: Unterstützung der Kreisverbände

20 1. (2.1) Satz 3

21 Ursprünglicher Wortlaut: Für die Kreisverbände, die ihre Buchführung selbst  
22 übernehmen, sind die Bestimmungen des Leitfadens für Selbstbucher\*innen bindend.

23 Der letzte Satzteil „sind die Bestimmungen des Leitfadens für Selbstbucher\*innen  
24 bindend“ wird durch „sind die Bestimmungen der Erstattungsordnung bindend (2.5)“  
25 ersetzt.

26 Abschnitt C: Mitgliedsbeiträge

27 1. Der Absatz (3.8) wird neu hinzugefügt.

28 (3.8) Neben ihren satzungsgemäßen Mitgliedsbeiträgen leisten Mandatsträger\*innen

29 des bayerischen Landtags und des Deutschen Bundestags, Minister\*innen und  
30 politische Beamte (Staatssekretär\*innen) Sondermitgliedsbeiträge (Abgaben der  
31 Mandatsträger\*innen). Der Landesvorstand gibt zu Beginn eines jeden Jahres mit  
32 einer Positivliste parteiintern Bericht über den prozentualen Stand der  
33 Sondermitgliedsbeiträge (Abgaben der Mandatsträger\*innen). Näheres dazu regeln  
34 Beschlüsse der Bundes- und Landesdelegiertenkonferenzen.

35 Abschnitt E: Staatliche Teilfinanzierung der Parteien (§ 18 ff PartG)

36 1. (5.6)

37 a. Der Monat in der die Auszahlung an die Kreisverbände erfolgt wird von „Juli“  
38 auf „spätestens September“ geändert

39 b. Das Datum, der Berechnung und Mitteilung des auf jeden Kreisverband  
40 entfallenden Anspruchs der staatlichen Teilfinanzierung, wird vom 31. Mai auf  
41 „spätestens September“ geändert.

42 2. (5.7)

43 Bisher:

44 Falls durch die vorliegende Beschlusslage für betroffene Kreis- oder  
45 Bezirksverbände Probleme auftreten, die sie selbst nicht lösen können, bietet  
46 die um je einer\*eine Vertreter\*in des betroffenen Kreis- oder Bezirksverbandes  
47 erweiterte Diätenkommission ihre Vermittlung an. Dabei ist auch einer\*eine  
48 Vertreter\*in des Finanzausschusses hinzuzuziehen. Die Diätenkommission kann bei  
49 unbilligen Härten eine Abweichung von der beschlossenen Regelung der  
50 Landesversammlung vorschlagen.

51 Neu:

52 Falls durch die vorliegende Beschlusslage für betroffene Kreis- oder  
53 Bezirksverbände Probleme auftreten, die sie selbst nicht lösen können, bietet  
54 der Landesverband eine Schlichtungsperson an. Dabei ist auch eine vertretende  
55 Person des Finanzausschusses hinzuzuziehen.

56 Abschnitt G: Landeshaushalt

57 1. (7.1)

58 Das Wort „Parteirat“ wird durch „Landesausschuss“ ersetzt.

59 Abschnitt H: Zuständigkeiten, Verfahrensfragen

60 1. (8.5)

61 Das Datum des Inkrafttretens der Finanzordnung wird von „01.01.2005“ auf  
62 „01.01.2022“ geändert.

63 Im gesamten Text wird die geschlechtergerechte Sprache wie folgt angepasst:

64 1. „der/die Landesschatzmeister/in“ wird im gesamten Text durch „Der oder die  
65 Landesschatzmeister\*in“ ersetzt

66 2. Die Formen „/in“ und „/innen“ wird im gesamten Text durch „\*in“ und „\*innen“  
67 ersetzt

68 3. „Er/sie“ wird durch „Der oder die Landesschatzmeister\*in“ ersetzt

69 4. (5.7) „in dem der oder die säumige Abgeordnete aufgestellt wurde“ wird  
70



71 ersetzt durch „in dem der\*die säumige abgeordnete Person aufgestellt wurde“  
(5.7) „ein/e Vertreter/in“ wird ersetzt durch „eine vertretende Person

## **S1 Antragsberechtigung**

Gremium: Landesvorstand, Luca Rosenheimer (KV Bamberg Land), Tina Winkelmann (KV Schwandorf), Markus Büchler (KV München-Land), Isabell Löschner (KV Fürth-Land), Eveline Kuhnert (KV Günzburg), Matthias Ernst (KV Straubing-Bogen), Christian-Ulrich Sauter (KV Erlangen-Stadt), Alpay Artun (KV Neu-Ulm), Volker Goll (KV Aschaffenburg Land), Olivia Kreyling (KV Kelheim)

Beschlussdatum: 24.08.2022

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Satzung & Finanzordnung

1 §15 (2) Satz 1 der Satzung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern wird geändert in:

2 "Antragsberechtigt sind 20 Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag  
3 stellen, der Landesvorstand, der Landesausschuss, die Gebietsverbände, der  
4 Finanzausschuss, die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag,  
5 GRIBS, GJ Bayern, Campusgrün Bayern und die anerkannten  
6 Landesarbeitsgemeinschaften."

## **Begründung**

Als GRÜNE bleiben wir auf der Höhe der Zeit, weil sich unsere Mitglieder inhaltlich so stark mit ihrem großem Fachwissen und ihren vielfältigen Perspektiven und Kompetenzen einbringen. Angesichts des großen Wachstums unserer Partei wollen wir diese Impulse noch stärker als Teamarbeit aufstellen und die Antragsberechtigung einzelner Delegierter für Landesdelegiertenkonferenzen streichen.

Wir brauchen den fachlichen Austausch in und zwischen unseren Landesarbeitsgemeinschaften (LAGen), die regionalen Perspektiven unserer Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände und die Sicht der Grünen Jugend, der Landtagsfraktion und der kommunalpolitisch Aktiven. Wir wollen hingegen wegkommen von (Änderungs-)Anträgen von Einzel-Delegierten, die im stillen Kämmerchen ohne Rückkopplung mit anderen entstanden sind und beim vergangenen Landtagswahlprogramm von Einzelnen teils in dreistelliger Höhe eingereicht wurden. Das schafft eine enorme Arbeitsbelastung und Abstimmungsbedarf für alle Beteiligten just in einer für die Wahlvorbereitungen sehr wichtigen Phase, untergräbt die in Teams abgestimmte inhaltliche

Arbeit der LAGen und Gebietsverbände und belastet durch die unüberblickbare Flut an Änderungsanträgen die gewissenhafte Vorbereitung der ehrenamtlichen Delegierten auf die Landesdelegiertenkonferenzen.

Für wichtige Anträge und Änderungen zu Anträgen kann weiterhin leicht die nötige Unterstützung gefunden werden, ob in den LAGen, die der zentrale Ort der inhaltlichen Debatte unserer Partei sind, per Mehrheitsbeschluss im eigenen Kreis- oder Ortsverband oder gemeinsam mit 19 weiteren Parteimitgliedern, die sich Dank digitaler Vernetzung und gewachsener Mitgliedschaft so einfach finden wie nie zuvor.

Wir bitten euch, diese wichtige Satzungsänderung noch vor dem kommenden Programmparteitag mit uns mitzutragen.

### **Unterstützer\*innen**

Martin Pilgram (KV Starnberg), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Christoph Lochmüller (KV Ebersberg), Alexander Reinfelder (KV Fürth-Stadt), Andreas Künneth (KV Hof), Oliver Strisch (KV Eichstätt), Constantin Jahn (KV München), Merlin Nagel (KV Ingolstadt)

## **S2 Einladung per Mail**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 25.08.2022  
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Satzung & Finanzordnung

1 Die Satzung wird wie folgt geändert:

2 § 27 (1) Soweit durch Satzung oder Gesetz nicht anders geregelt, sind Sitzungen  
3 von Gremien und Organen mit einer Frist von sieben Tagen unter Angabe einer  
4 vorläufigen Tagesordnung einzuberufen. **Die Einladung kann per E-Mail erfolgen.**  
5 **Mitglieder, die keine E-Mail-Adresse haben, werden per Brief eingeladen.**  
6 Sitzungen sind beschlussfähig, wenn sie form- und fristgerecht einberufen sind.

### **Begründung**

Durch den Email-Versand wird die Zustellung einfacher, schneller und kostengünstiger für die Partei. Dem Wunsch nach postalischer Zustellung wird dabei dennoch entsprochen. Für Gliederungen ohne eigene Satzung gelten die Regelungen entsprechend und führen dort ebenfalls zur Vereinfachung von Abläufen.

### **Unterstützer\*innen**

Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Florian Sommer (KV München), Alexander Reinfelder (KV Fürth-Stadt), Eva Borke-Thoma (BV KPV Bayern)